

Der Vollzugsdienst

1/2014 - 61. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Rentenabschläge sind ein erhebliches Risiko für Altersarmut

Arbeitskreis Frauen trifft sich in Königswinter

Seite 2

Förderungsmöglichkeiten durch europäischen Sozialfonds fallen weg

Bis zu 20 % der Arbeitsplätze im Ausbildungsbereich betroffen

Seite 46

BSBD Nordrhein-Westfalen fordert eine bedarfsgerechte Personalausstattung

Mehrarbeitsstunden und Resturlaub auf Rekordniveau

Seite 51

Treppenhaus des Hafthauses Bielefeld-Senne



Bremen



Hamburg



Nordrhein-Westfalen

Fachteil: „Zur Wahrheitspflicht von Beamten“

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Auch die Wahrheitspflicht eines Beamten hat ihre Grenzen
- 1 Der BSBD gratuliert: Heiko Maas neuer Bundesjustizminister
- 2 Rentenabschläge sind ein erhebliches Risiko für Altersarmut
- 3 dbb Flyer: Überstunden: Fragen und Antworten
- 4 dbb vorsorgewerk: Sicherheit für jede Lebensphase

LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 20 Berlin
- 26 Brandenburg
- 30 Bremen
- 32 Hamburg
- 40 Hessen
- 45 Mecklenburg-Vorpommern
- 47 Niedersachsen
- 51 Nordrhein-Westfalen
- 65 Rheinland-Pfalz
- 68 Saarland
- 72 Sachsen
- 74 Sachsen-Anhalt
- 77 Schleswig-Holstein
- 78 Thüringen

FACHTEIL

- 82 „Zur Wahrheitspflicht von Beamten“

Titelfoto:

Treppenhaus des Hafthauses Bielefeld-Senne
Foto: Friedhelm Sanker

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2/2014:
15. März 2014



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Willi Köbke	willikoebke@versanet.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	Helmut.Halwachs@jm.mv-regierung.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

Der Landesvorstand berichtet:

Sparforderungen werden konkret

Belastende Thematik wird in den kommenden Jahren ständiger Begleiter

Die Katze lugt schon bedeutungsvoll aus dem Sack, ganz heraus ist sie noch nicht. Ab dem 20. Nov. 2014 hat Finanzminister Nils Schmid die Orientierungspläne für seine Kabinettskollegen zum Erreichen der Schuldenbremse im Jahr 2020 herausgegeben. Diese Pläne zurren fest, welche Beiträge zum Sparen die einzelnen Ressorts erbringen sollen – oder müssen? Das Gesamtvolumen umfasst für die Jahre 2015 und 2016 einen Betrag in Höhe von 976,8 Mio. Euro, also knapp eine Milliarde Euro. Auch das Justizministerium ist mit fast 40 Mio. Euro für beide Jahre kräftig dabei und nimmt im Ranking der Landeseinrichtungen den vierten Platz ein (s. Tabelle).

Orientierungspläne der Landesregierung

So viel müssen die einzelnen Ressorts sparen (gerundete Summen in Euro)

Geschäftsbereich	2015	2016
Landtag	677.000	1,1 Mio.
Staatsministerium	374.000	582.000
Innenministerium	12,8 Mio.	21,3 Mio.
Kultusministerium	17,5 Mio.	27 Mio.
Justizministerium	14,9 Mio.	24,5 Mio.
Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Bereich Finanzen)	11,4 Mio.	19 Mio.
Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Bereich Wirtschaft)	3,3 Mio.	5,2 Mio.
Ministerium für Ländlichen Raum	5,7 Mio.	9,4 Mio.
Sozialministerium	698.000	11,3 Mio.
Rechnungshof	194.000	319.000
Allgemeine Finanzverwaltung	294,3 Mio.	402,4 Mio.
Verkehrsministerium	9,4 Mio.	14,8 Mio.
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	22 Mio.	35,6 Mio.
Integrationsministerium	2,5 Mio.	4,1 Mio.
Umweltministerium	1,7 Mio.	2,8 Mio.
Summen	397,5 Mio.	579,3 Mio.

(Quelle: www.swr.de/landesschau-aktuell/bw, Stand: 26.11.2013, 17:08 Uhr)

Wie diese einschneidenden Sparleistungen erbracht werden sollen, ist auch im Justizministerium derzeit in der Diskussion und hätte bei der JVA Offenburg bereits zu einer erheblichen Personalstreichung von 17 Stellen führen können. Dies nur als Beispiel, denn wer glaubt, dass die Sparziele nur mit der Reduzierung von Sachmitteln zu erreichen wären, ist wohl blauäugig und fern jeder Realität. Dies gilt umso mehr, als im Justizhaushalt der Löwenanteil der Kosten mit mehr als 70 Prozent allein beim Personal liegt und es kaum teure Projekte

gibt, bei denen der Rotstift angesetzt werden könnte. So wird nach Informationen des BSBD gegenwärtig geprüft, ob **2015/16 im gesamten Justizbereich 326 Personalstellen wegfallen** können (200 Stellen in 2015 und 126 in 2016). Dabei wird eine Stelle mit 47.000 Euro im Jahr veranschlagt. Maßgabe für diesen Sparansatz ist der Anteil der Justizverwaltung in Höhe von 3,8 Prozent am Gesamthaushalt des Landes.

Um hier eine flexiblere Lösung erlangen zu können, verfolgt der **BSBD-Landesvorstand** mit großem Nach-

druck und nicht allein ein sogenanntes „**Stundungsmodell für die Einsparverpflichtungen**“. Hierzu hat der Landesvorsitzende noch vor Weihnachten an entscheidender politischer Stelle schriftlich vorgetragen, dass „es von eminenter Wichtigkeit ist, die sich aus dem Orientierungsplan für das Justizministerium ergebenden Einsparverpflichtungen von insgesamt 326 Stellen mit den künftig zu erwartenden Einsparungen aus den bereits eingeleiteten Reformen in bestimmten Justizbereichen zu verrechnen. Dies würde zwingend eine Stundung der Einsparauflagen bis 2018 erfordern, da erst dann die personellen Synergien und Einsparpotentiale dieser Reformen zum Tragen kommen werden. Jede andere zeitnahe Einsparlösung würde meines Erachtens in ganz erheblichem Maße Strukturen und Effizienz in der Justiz dauerhaft zerstören und irreparable Schäden hervorrufen.“ Als besonders günstig sei bei diesem „**Stundungsmodell**“ anzusehen, dass die Einspareffekte aus den bekannten und bereits laufenden Reformvorhaben die jetzt ansatzweise vorgestellten Sparmöglichkeiten bei weitem übertreffen würden. Der **BSBD** wird diesen Ansatz weiter nachhaltig verfolgen und keine Gelegenheit auslassen, auf günstige oder schädliche Konsequenzen im Rahmen der allgegenwärtigen Spardebatten hinzuweisen. Es steht zu befürchten, dass diese belastende Thematik in all den kommenden Jahren unser ständiger Begleiter sein wird. *wok*

Gerade noch vertretbar

„Nur“ sechs Stellen bei der JVA Offenburg

Ein Vorgeschmack für künftige Auseinandersetzungen um Stellenstreichungen bot sich im November 2013 bei der JVA Offenburg.

Nach unserer verlässlichen Kenntnis stand vom Landesrechnungshof die Forderung im Raum, im Rahmen der Rückverstaatlichung der JVA Offenburg 17 Stellen zu streichen. Hintergrund war wohl der Gedanke, dass die Beschäftigten des privaten Dienstleisters nur begrenzt Aufgaben im nicht-hoheitlichen Bereich ausüben dürfen und so nur unzureichend einsetzbar waren. Der Vollzugswirklichkeit entsprach dies keineswegs. **Durch unverzüg-**



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-0404041

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prielat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

liche und nachdrückliche Intervention durch Schreiben an die beiden Vorsitzenden der Regierungsfractionen gelang es dem Landesvorsitzenden, diese fatalen Eingriff in den Personalaufbau der Anstalt mit abzuwenden und den Stellenabbau zunächst über die Zahl 10 bis zur Zahl 6 zu reduzieren. Auch das ist noch bitter, aber zumindest weniger gravierend.

Zu dem gesamten aufregenden Vorgang hat der SPD-Fraktionsvorsitzende – **Claus Schmiedel MdL** – dem Landesvorsitzenden mitgeteilt: „Aus Sicht der **SPD-Landtagsfraktion** wäre die vom Rechnungshof geforderte Reduktion um zehn Stellen bei der JVA Offenburg nicht umsetzbar gewesen. Nach intensiven Beratungen sowohl mit dem Justizministerium als auch mit Vertretern der **Fraktion GRÜNE** konnten wir uns darauf verständigen, dass eine Reduzierung von sechs Stellen vorgesehen wird. Diese Formulierung basiert darauf, dass bei der Rückverstaatlichung der JVA Offenburg anstelle der 101 Stellen des Dienstleisters nur rund 95 Stellen geschaffen werden. Die Einsparung rechtfertigt sich aus dem Umstand, dass staatliche Bedienstete besser ausgebildet sind und sich ein Synergieeffekt daraus ergibt, dass sie sowohl im Unterstützungsbereich als auch im hoheitlichen Bereich einsetzbar sind. Der Antrag wurde in der Sitzung des Finanzausschusses am 22. November 2013 einstimmig beschlossen.“ Wenn auch dieser Satz des Fraktionsvorsitzenden zum „Synergieeffekt, zur guten Ausbildung und zur vielfältigen Einsetzbarkeit“ für den Justizvollzug sehr wohltuend ist, so ist er auch nicht ganz ungefährlich; denn mit dieser Argumentation könnte gegebenenfalls an anderer Stelle die Einsparung von Personal begründbar sein. Jedenfalls gab es von Seiten der JVA Offenburg Anerkennung und Dank: Der OV-Vorsitzende **Boris Rexter** äußerte, dass die angesprochenen sechs Stellen aus Sicht des **BSBD** noch vertretbar seien und auch ein Signal unseres politischen Verantwortungsbewusstseins darstellen würden. Der Leiter der JVA Offenburg – **Hans-Peter Wurdak** – verband mit seinen besten Grüßen an den Landesvorsitzenden seinen „herzlichen Dank für die Unterstützung bei der Personalausstattungsfrage für die JVA Offenburg im Vorfeld der Sitzung des Finanzausschusses. Die hat sicher maßgeblich dazu beigetragen, Schlimmeres zu verhüten.“ Es ist wohl die Ironie des Zeitgeistes, die da gewirkt hat, wenn der **BSBD** den Verlust von „nur“ sechs Stellen als unabwendbares schmerzhaftes Übel hinnimmt – und sogar so etwas wie Freude aufkommt, dass es nicht mehr geworden sind! wok

Von der Gefahr, richtige Zahlen falsch zu verwenden

Am 29. November 2013 erschien landesweit unter dem Titel: „Zahl der Häftlinge im Land sinkt weiter“ ein kleiner Artikel, der von der **dpa/lsw** (Deutsche Presseagentur/Landesdienst Südwest) ausgegangen war.

Darin wurden mit Berufung auf den **BSBD** richtige Zahlen in falsche Bezüge gesetzt – nach dem berühmten und stets falschen „Äpfel-Birnen-Vergleich“. Dies ist in der gegenwärtigen überbordenden Spardebatte brandgefährlich, da der Laie sich wundert und der Rechnungshof sofort wieder nach Personaleinsparungen rufen könnte.

Der **BSBD-Landesvorstand** hat deshalb unverzüglich reagiert und folgende E-Mail an **dpa/lsw** versandt: „Wir vom **BSBD** freuen uns natürlich, wenn in Ihren Artikeln auf unsere Gewerkschaft Bezug genommen wird, nur sollten die verwendeten statistischen Angaben auch zutreffen – dies tun sie diesmal leider nicht. Mit der von **dpa** angeführten

Zahl „**5.591**“ sind nur die männlichen und weiblichen **Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten** in Baden-Württemberg erfasst, nicht dagegen die hier einsitzenden **1.681 Untersuchungsgefangene** u.a. Werden diese korrekterweise hinzugezählt, so erhöht sich die Zahl der Inhaftierten im Lande auf **7.272** (Stand: März 2013, Quelle: Justizministerium BW). Ebenso umfasst die von Ihnen – unter Berufung auf den **BSBD** – genannte Zahl von rund **9.000 Gefangenen** aus den 1990er Jahren Straf- und Untersuchungsgefangene gleichermaßen und ist deshalb zum Vergleich mit der o.g. Zahl „**5.591**“ ungeeignet.

Der **BSBD** ist daher in Sorge, dass in der gegenwärtigen personalpolitischen Lage – mit Sparplänen aller Art – eine solche Pressemeldung die fundierte Argumentation des **BSBD** zur Abwehr von einschneidenden Sparmaßnahmen und damit zum Personalerhalt in den Justizvollzugsanstalten unseres Landes ungewein erschwert und schaden kann.

wok

Weiche Abfederung von Härtefällen

Neues Gesetz zum Trennungsgeld und zur Umzugskostenvergütung

Das Alleinstellungsmerkmal wird offenbar zum Markenzeichen des **BSBD** im baden-württembergischen Justizvollzug. Wieder ist es erfolgreich gelungen, frühzeitig eine Gesetzesinitiative zu Gunsten aller Vollzugsbediensteten anzustoßen, die von Strukturveränderungen betroffen sein können. Diese „kleine Gesetz“ ist nun Wirklichkeit geworden, indem es in der 83. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg am 27.11.2013 einstimmig von allen Fraktionen so beschlossen worden ist. Das Gesetz ist mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft getreten.

Das Justizministerium hat sich hierzu folgende Mitteilung herausgegeben:

- „Gesetz erleichtert Bediensteten im Justizvollzug in besonderen Härtefällen den Wechsel des Dienstorts.“
- Justizminister **Rainer Stickelberger**: „Ein kleines Gesetz, das für die Betroffenen eine große Wirkung hat.“
- Sondervorschriften zu Reisekosten und



Justizminister
Rainer Stickelberger.

Trennungsgeld aus dem Polizeistrukturreformgesetz werden für den Bereich des Justizvollzugs übernommen.

Wenn Einrichtungen des Justizvollzugs geschlossen werden oder sich die Aufgabenbereiche verändern, kann das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Wechsel des Dienstorts mit sich bringen. Der Landtag hat am 27. No-

vember 2013 ein Gesetz beschlossen, wonach in besonderen Härtefällen dann für eine Übergangszeit Trennungsgeld bezahlt werden kann.

„Mit ihrem Gesetzentwurf haben die Landtagsfraktionen von **SPD** und **Grünen** die Grundlage geschaffen, dass Bedienstete in besonderen Fällen auch etwas weitere Arbeitswege in Kauf nehmen können“, sagte Justizminister **Rainer Stickelberger**. „Das mag ein kleines Gesetz sein, für die Betroffenen bringt es aber eine große und wichtige Erleichterung mit sich.“

Aufgrund des Gesetzes können Bedienstete, die versetzt wurden, denen aber bei-

spielsweise wegen einer schweren Erkrankung oder der Pflege von Kindern kein Umzug an den neuen Dienstort möglich ist oder die in einer eigenen Immobilie leben, Trennungsgeld erhalten. Damit werden Sondervorschriften zu Reisekosten und Trennungsgeld aus dem Polizeistrukturreformgesetz für den Bereich des Justizvollzugs übernommen.“

Zur weiteren Informationen wird angemerkt, dass im Rahmen des Haftplatzentwicklungsprogramms 2015 in den vergangenen Jahren einige ältere und kleinere Einrichtungen des Justizvollzugs in Baden-Württemberg geschlossen worden sind.

Ziel des Programms ist es, durch die Bildung von Vollzugsschwerpunkten eine ausreichende Zahl an modernen und sicheren Haftplätzen und eine höhere Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Eine Fortschreibung des Programms wird weitere Schließungen mit sich bringen.“

Das etwas sperrig formulierte Gesetz heißt: „Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen bei der Schließung oder Änderung des Aufgabenbereiches von Einrichtungen des Justizvollzugs“

Im Klartext heißt dies: Bedienstete, die aufgrund von Strukturmaßnahmen versetzt werden, müssen nicht unbedingt zum Dienstort oder in dessen Nähe umziehen. Unter bestimmten Voraussetzungen, die im Gesetz definiert sind, erhalten sie zur Dienstausbübung am neuen Dienstort Trennungsgeld, das Fahrtkosten, Unterkunfts- und Verpflegungskosten umfasst.

Zwei Gesichtspunkte waren für den BSBD-Landesvorstand ganz besonders wichtig:

- dass das Gesetz so rechtzeitig auf den Weg gebracht wird, dass es für Kolleginnen und Kollegen, die alsbald von Anstaltsschließungen in Heidelberg und wohl auch in Ellwangen betroffen sein werden, bereits Geltung hat und dass auch die künftigen größeren Strukturveränderungen im südwürttembergischen Raum für die betroffenen Bediensteten sozialverträglich aufgefangen werden können,
- dass die Beamtinnen und Beamten aus allen Dienstgruppen und auch die Tarifbeschäftigten gleichermaßen in das Gesetz einbezogen sind. *wok*

Aufgabe der Außenstelle Heidelberg der JVA Mannheim verzögert sich

Betroffene Bedienstete werden zeitnah informiert

Justizminister Rainer Stichelberger hat dem BSBD am 7. Oktober 2013 mitgeteilt, dass „die im Rahmen einer Neustrukturierung des Justizvollzugs des Landes bereits seit Jahren vorgesehene Aufgabe der Außenstelle Heidelberg bis zum 31. März 2014 beabsichtigt ist.“

Entgegen früherer Erwartungen steht nunmehr allerdings fest, dass das für die derzeit in Heidelberg untergebrachten weiblichen Untersuchungsgefangenen geplante Ersatzhaftgebäude auf dem Gelände der JVA Mannheim frühestens im Frühjahr 2015 zur Verfügung stehen wird. Sowohl aus vollzugsorganisatorischen, wie rechtlichen Gründen wurde daher entschieden, nur den Unterkunftsbereich der Außenstelle Heidelberg für



Außenstelle Heidelberg.

Foto: Homepage JVA Mannheim

weibliche Untersuchungsgefangene für eine Übergangszeit von ungefähr einem Jahr weiter zu nutzen. Mit den betroffenen Bediensteten werden die anstehenden Fragen zeitnah und konstruktiv besprochen.“ *wok*

...und es bewegt sich doch!?

Standortsuche für eine JVA im südwürttembergischen Raum vor Abschluss?

Immer noch viele Fragezeichen, aber mit einem Hoffnungsschimmer: Auch der BSBD erfuhr in der zweiten Januarwoche 2014 nur über landesweit verbreitete Presseartikel, dass der Suchlauf für einen Gefängnisneubau vor einem Abschluss stehen soll. Die „Hochbauverwaltung des Finanzministeriums (als Landesbauzuständige) habe zur Standortfrage einen Entscheidungsvorschlag vorgelegt, der nun innerhalb der Landesregierung diskutiert“ werde.

Wie die *BNN* am 08.01.2014 weiter berichten, sei noch offen, wann der Entschluss bekannt gemacht werden soll. „Vor einem Jahr hatte die Landesregierung bereits zwei Standorte in Tuningen und in Villingen-Schwenningen als Favoriten genannt. Eine weitere Alternative – ein stillgelegtes Blähtonwerk in Tuningen – kam im Mai 2013 hinzu.“

Ergebnisse werden unter Verschluss gehalten

An allen drei möglichen Standorten habe das Amt für Vermögen und Bau Konstanz Bohrungen durchgeführt und Bodenproben entnommen, um u.a. die Tragfähigkeit des Bodens zu prüfen – so der Amtsleiter **Thomas Steier**. Die Auswertung sei abgeschlossen. Die Ergebnisse werden aber derzeit – selbst für die betroffenen Gemeinden – unter Verschluss gehalten.

Seit Jahren schon sucht die Justiz nach einem Gelände für einen Neubau für etwa 500 Inhaftierte (Haftplatzentwicklungsprogramm vom Juli 2007).“ Es gab auch schon einen möglichen Bauplatz in Rottweil (beschlossen vom dortigen Gemeinderat), doch nach massiven Protesten einer Bürgerinitiative aus Zepfhan hatte die Regierung im Wahlkampf Ende 2010 einen neuen Suchlauf versprochen und dann gestartet.

Und obschon die Beschlusslage zu einem Standort noch gar nicht bekannt ist, gibt es erneut geharnischte Bürgerproteste (*s. zuletzt VOLLZUGSDIENST 4-5/2013, S. 14*). So hat „Tuningens Bürgermeister **Jürgen Roth** (CDU) einen Bürgerentscheid angekündigt, falls die Wahl auf seine Gemeinde fallen sollte.“ Eine Aktionsgemeinschaft gegen Gefängnisbauten „in Tuningen

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.



Beamendarlehen / Akademikerdarlehen
4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.

moniert vor allem den Flächenverbrauch. Außerdem wird ein Standort auf der Gemarkung Tuningen für ungeeignet und nicht verhältnismäßig gehalten, bezogen auf die Gemeindegröße mit knapp 2.900 Menschen“; deshalb **„KEIN KNAST VORM DORF!“**. Auch die „taghelle Beleuchtung der gesamten Anlage“ bei Nacht störe viele Bürger – und die Vögel, denn eines der Grundstücke liege in einem Vogelschutzgebiet.



Foto: BNN vom 08.01.2014

„Gespanntes Warten gibt es auch im benachbarten Weigheim, einem Ortsteil von Villingen-Schwenningen: ‚Der Ball liegt nun beim Land und wir warten‘, sagt ein Sprecher. ‚Zuletzt wurden Bodenbeschaffenheit, Grundstücksgröße und Verkehrsanbindung geprüft, seitdem haben wir vom Land nichts mehr gehört.“

Der Verzicht auf einen Neubau käme teuer

Auch der **BSBD-Landesvorstand**, der schon immer diese leidigen Auseinandersetzungen mit großer Spannung verfolgt, hat bisher nichts mehr gehört. Er hofft nun inständig darauf, dass die Bürgerproteste nicht noch zu einem dritten, vierten oder gar fünften Suchlauf für eine neue JVA im südwestdeutschen Raum führen, sondern dass endlich ein Knopf an die Sache kommt. Ansonsten könnte man sich des Gedankens nicht erwehren, dass am Ende der Suchläufe eventuell auch der völlige Verzicht auf einen Neubau stehen könnte.

Für Sparbeflissene sei hinzugefügt: Preiswerter würde ein Verzicht sicher nicht, denn die Sanierungs- und Ertüchtigungskosten für die vielen alten Vollzugseinrichtungen in diesem Raum würden unermesslich!

Außerdem steht dieses Szenario auch nicht auf der Agenda des **BSBD**, denn wir brauchen diese Anstalt zur maßgeblichen Gestaltung der Justizvollzugsstruktur des Landes, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Bediensteten und zum Erreichen der gesetzlich vorgegebenen Einzelunterbringung der Gefangenen. *wok*

Standards für den Sozialdienst

Positionierungs- und Diskussionsbedarf bei der Personalentwicklung

Konstituierung einer Fachgruppe Sozialpädagogischer Dienst im BSBD

Vom Justizministerium Baden-Württemberg ist am 31. Juli 2013 ein Projekt zur Erarbeitung von Standards für den Sozialdienst im Justizvollzug aufgelegt worden. Da im Justizvollzug eine Aufgabenbeschreibung derzeit nur in Grundzügen und damit wohl unzureichend vorhanden ist, ist das Ziel des Projekts die Schaffung von (Mindest-)Standards für den Sozialdienst im Justizvollzug, die der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung dienen sollen.

Im Zentrum sollen die Schlüsselprozesse der Sozialarbeit im Justizvollzug stehen, die sich vor allem in der „Hilfe von der Praxis für die Praxis“ abbilden lassen.

Konkret wird die Projektarbeit von einem Qualitätszirkel für den konzeptionellen Teil sowie von einem Lenkungskreis für den koordinierenden und rechtlichen Teil geleistet; zudem wird das Projekt wissenschaftlich begleitet.

Der **BSBD-Landesvorstand** sieht in diesem Projekt eine große Chance für den Sozialdienst, um mit anderen Bereichen außerhalb des Vollzugs vergleichbare und gut belastbare strukturelle Grundlagen und Entwicklungen schaffen zu können. Da dem Landesvorstand jedoch die erforderliche Sach- und Fachkunde weitgehend fehlt, wäre eine entsprechende Mitwirkung der Fachgruppe „Sozialpädagogischer Dienst“ erforderlich und sehr zu begrüßen.

Die Weichen für die berufliche Zukunft werden gestellt

Deshalb lädt der BSBD-Landesvorstand die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialdienste aus allen Justizvollzugsanstalten des Landes zu einer Tagung am 7. März 2014 mit Beginn um 9:30 Uhr nach Stuttgart ein – mit der Zielsetzung, die „Fachgruppe Sozialpädagogischer Dienst“ mit der Wahl von Fachgruppensprecherinnen oder -sprechern und deren Vertreterinnen oder Vertretern neu zu konstituieren.

Hierzu hat der Erste stellvertretende Landesvorsitzende – **Georg Konrath** – folgende Mitteilung an die Ortsverbände herausgegeben: „Der Sozialdienst in den Justizvollzugsanstalten Baden-Württembergs steht in einigen wesentlichen Feldern vor neuen Herausforderungen.

Nicht zuletzt durch die Dienstpostenbewertung und die derzeit laufende Er-

arbeitung von Standards für den Sozialdienst im Justizvollzug werden wichtige Weichen für die berufliche Zukunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozialdienst des Justizvollzuges gestellt, die weitgehende Auswirkungen für jeden Einzelnen haben werden. Deshalb möchte der **BSBD** als die führende Fachgewerkschaft des Justizvollzuges neben den etablierten Fachgruppen auch den Kolleginnen und Kollegen des Sozialdienstes eine Plattform bieten, um sich über die Anstalts Grenzen hinweg zu organisieren und auszutauschen.

Nichtmitglieder sind aufgerufen als Gäste teilzunehmen

Damit wird auch dieser Berufsgruppe ermöglicht, ihre berechtigten Interessen über den **BSBD-Landesvorstand** z.B. an das Justizministerium, an die interessierte Öffentlichkeit oder an die Politik zu bündeln und so wirkungsvoll zu transportieren.

Wir würden uns freuen, wenn aus jeder Justizvollzugsanstalt mindestens ein(e) Vertreter/in aus dem Sozialdienst an dieser ersten Veranstaltung teilnimmt. Dabei wenden wir uns natürlich besonders an die Mitglieder im **BSBD** und an die von den Ortsverbänden bestellten Fachgruppenvertreter Sozialdienst.

Selbstverständlich wollen wir auch die Nichtmitglieder aufrufen, als Gäste an dieser ersten Veranstaltung teilzunehmen. Gästen können wir allerdings kein Stimmrecht einräumen, auch eine Reisekostenerstattung ist nicht möglich.“ Zumindest das Mittagessen werden wir aber den Gästen spendieren können.

Wir hoffen und wünschen uns eine rege Teilnahme, denn praxisrelevante Positionierungen und Beteiligungen der Basis am Diskussionsprozess um die „Sozialdienst-Standards“ sollten im Interesse aller Betroffenen und deshalb dringend notwendig sein. *wok*



- solidarisch
- kompetent
- erfolgreich

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

www.bsbd.de

Im VOLLZUGSDIENST 6/2013 hatten wir bereits auf Seite 13 einen ersten Kurzbericht zu dieser Personalrätetagung gebracht. Hier ist nun der ausführliche und detaillierte Bericht unseres Kollegen Hans Guggenheim, der an der Schulungstagung teilgenommen und alle Beiträge protokolliert hat. Dafür unseren herzlichen Dank!

wok

Im Brennpunkt:

Struktur- und Personalfragen allerorten

Personalräteschulung des BSBD vom 4. bis 6. November 2013 in Hößlinsülz

1. Begrüßung

Der Hauptpersonalratsvorsitzende **Georg Konrath** und der Vorsitzenden des **BSBD-Landesverbandes** Baden-Württemberg **Alexander Schmid** begrüßten die 42 Teilnehmer der erstmals auf drei Tage angesetzten Schulungsveranstaltung für die Personalräte aus den Justizvollzugsanstalten des Landes.

2. Landespolitik und Vollzugspersonal

Landesvorsitzender **Alexander Schmid** berichtete über die (politische) Situation bezüglich der Landesbeamten. Der **BSBD** sei in den politischen Medien des Landes präsent und im politischen Raum äußerst aktiv. Es werden Beispiele aus einem Radiointerview des **SWR 1** und der Landesschau Baden-Württemberg des **SWR 3** eingespielt. Zudem habe die **BSBD-Spitze** sich mit den Fraktionsspitzen der im Landtag vertretenen Parteien getroffen und hierbei die aktuelle Situation der Bediensteten im Strafvollzug darstellen können.

Hierbei sei die vom Landesrechnungshof geforderten Stellenstreichungen von 30.000 Bediensteten im Land angesprochen worden und es sei deutlich gemacht worden, dass die anteilige Umsetzung einer solchen Einsparmaßnahme im Strafvollzug die Schließung einer mittelgroßen Justizvollzugsanstalt bedeuten würde. Nachdem in Baden-Württemberg in zurückliegenden Jahren bei steigenden Gefangenzahlen kein zusätzliches Personal eingestellt worden war, könne man nun bei sinkenden Gefangenzahlen auch nicht Personalstellen einfordern. Auch im Ländervergleich stehe Baden-Württemberg am unteren Ende, wenn man das Zahlenverhältnis Gefangene pro Bediensteten betrachte.

3. Das Gesundheitsmanagement in der Justiz

Alexander Schmid ging dann auf das Gesundheitsmanagement im baden-württembergischen Justizvollzug ein (vgl. an die Ortsverbände übersandtes Infomaterial). Die Fehlzeiten im Vollzug lägen deutlich über dem allgemeinen Arbeitnehmer-Durchschnitt von ca. 11 Tagen im Jahr. Allerdings seien die Zahlen nicht unmittelbar vergleichbar. Jedoch seien si-

cherlich für den erhöhten Krankenstand die Belastungen im Schicht- und Wechseldienst mit ursächlich. Von daher wird zu diesen erheblichen Belastungen und zum adäquaten Umgang damit derzeit eine Veranstaltungsreihe in den Justizvollzugsanstalten durchgeführt, an der sich auch der Hauptpersonalrat beteiligt. Natürlich wird nach wie vor angestrebt, Möglichkeiten für Vorsorgekuren für den **AVD**, ähnlich wie bei der Polizei, zu erreichen. Ob man eine Umstellung bei der Beihilfe auf die freie Heilfürsorge anstreben soll, ist nicht ganz so eindeutig zu beantworten, auch wenn der **BSBD** dazu tendiert.

In jüngster Zeit gab es zwei Mitarbeiterbefragungen in der JVA Schwäbisch Hall und der JVA Freiburg. In Schwäbisch Hall hat diese dankenswerter Weise der **BSBD-Ortsverband** durchgeführt und er erfragte, was einen im Dienst krank mache und was einen im Dienst gesund erhalte.

In der JVA Freiburg ging es bei der durch die Anstaltsleitung initiierten Befragung vor allem um die Mitarbeiterzufriedenheit.

Ziel des **BSBD** und des Hauptpersonalrats ist nun eine landesweite Mitarbeiterbefragung im Strafvollzug zum Thema „Krankheit – Gesundheit“ bei allen Dienstgruppen durchzuführen.

4. Vortrag von und Gespräch mit Herrn Ministerialrats Oliver Weik, Personalreferent der Abt. Justizvollzug im Justizministerium Baden-Württemberg

Herr **Weik** betont, dass er froh sei, nur die gemeinsame Verantwortung für den laufenden Betrieb und das Personal zu haben und nicht noch eine Forderung nach „Gewinnmaximierung“ erfüllen zu müssen.

a) **Dienstpostenbewertung:** Im **AVD** liege diese bereits seit Jahren vor. Für den mittleren, gehobenen und z.T. höheren Verwaltungsdienst und für die Sonderdienste müssten diese Bewertungen noch erstellt werden. Mit dem **HPR** habe man sich bereits einigen können, nicht jedoch mit den Anstaltsleitern. Insbesondere im Sozialdienst und mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst gäbe es noch Klä-



Foto: BSBD-als

rungsbedarf; man sei aber zuversichtlich, dies bald zu einem Abschluss bringen zu können.

- b) **Neue Beurteilungskriterien:** Die neuen Beurteilungskriterien enthalten die Möglichkeit und Verpflichtung, Teile der Beurteilung mit Text zu begründen. Grundsätzlich hätte sich Herr **Weik** auch eine gründliche Überarbeitung der Beurteilungskriterien gewünscht, damit diese den wissenschaftlichen Kriterien nach Objektivität, Reliabilität und Validität besser gerecht werden. Auch mehr Transparenz wäre wünschenswert. Das Innenministerium hat aber für nächstes Jahr weitere grundlegende Verbesserungen in Aussicht gestellt.
- c) **Ausschreibungsverfahren für Anwärter im AVD:** Zum 01.10.2013 gab es 27 Anwärter und 32 Beamtenstellen, das heißt, dass jedem Absolventen der Justizvollzugsschule eine Stelle im Justizvollzug angeboten werden konnte. Wann wieder zu den ursprünglichen Modalitäten zurückgekehrt werden kann, hängt vor allem von den Folgen der Schließungen der Außenstellen und der Personalausstattung der JVA Offenburg ab – vielleicht nach Abschluss der Schließung von Ellwangen im Jahre 2015?
- d) **Belegungsentwicklung:** Die Gefangenzahlen in Baden-Württemberg gehen zurück und liegen weit unter der Belegungsfähigkeit. Dies bringt einen in der politischen Diskussion bezüglich Personaleinsparungen in die Defensive, obwohl wir in Zeiten steigender Gefangenzahlen keine Personalverstärkung bekommen haben.
- e) **Mehrarbeit:** Die Überstundenentwicklung im Justizvollzug Baden-Württemberg ist beim **AVD** ansteigend. Zwar ist es richtig, dass dies teilweise durch die Großverfahren in der Justiz bedingt ist. Auch der vermehrte Einsatz von Tarifangestellten mit geringerer Wochenarbeitszeit trägt hierzu bei. Jedoch erklären diese bei-

den Sachverhalte nicht vollständig den Anstieg der Mehrarbeit.

f) **Amtshilfe bei Großverfahren in der Justiz:** Im Jahr 2010 machten diese Verfahren neun Personalstellen, im Jahr 2011 20 Personalstellen und im Jahr 2012 14 Personalstellen aus. Versuche der Einflussnahme auf Zeit und Ort der Verfahren – wie z.B. Großverfahren verstärkt in der sicheren Umgebung des Mehrzweckgebäudes der JVA Stuttgart durchzuführen – scheitern bislang an der grundgesetzlich garantierten Unabhängigkeit der Richter.

g) **Arbeitszeitrechtliche Fragen:** Hier ist zwischen besoldungsrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Fragen zu unterscheiden. Der Bereitschaftsdienst hat beispielsweise eine besoldungsrechtliche (grundsätzliche Gewährung von teilweisem Arbeitszeitausgleich, aber Verpflichtung des Beamten zu fünf unbezahlten Mehrarbeitsstunden pro Monat) und eine arbeitsschutzrechtliche Komponente (volle Anrechnung auf Arbeitszeit mit entsprechender Unterbrechungsverpflichtung). Zum Problem der Telefonbereitschaft für eine Stunde, um eventuell den Bediensteten zum Schichtantritt rufen zu können, wurde kein abschließendes Beratungsergebnis gefunden. Die Stunde ist unproblematisch Bereitschaftsdienst – der eventuell anstehende Dienstantritt wäre mit dem Begriff Abrufarbeit zu vergleichen. Hier fehlt eine entsprechende Regelung.

Das Anlegen der Uniform ist keine Dienstzeit, jedoch ist das Anlegen von Ausrüstungsgegenständen (z.B. Aufnahme der Schlüssel oder des PNG) besoldungsrechtlich anerkannte Dienstzeit. Dagegen ist die Wegezeit von der Pforte zur Abteilung keine besoldungsrechtlich relevante Dienstzeit.

h) **Entwicklung der Fehlzeiten im Vollzug:** Im Zeitraum von 2008 bis 2012 haben die Fehlzeiten kontinuierlich zugenommen; mittlerweile im AVD auf 19,6 Tage und insgesamt auf 18,5 Tage durchschnittlich pro Jahr und Bediensteten.

i) **Zusatzurlaub für ältere Bedienstete im Schicht- und Wechseldienst:** Es werden zukünftig ab dem 50. Lebensjahr zusätzlich ein Tag, ab dem 53. Lebensjahr zusätzlich einen weiteren Tag, ab dem 55. Lebensjahr zusätzlich zwei weitere Tage und ab dem 57. Lebensjahr zusätzlich zwei weitere Tage als Urlaub gewährt werden. Allerdings muss der Strafvollzug die geschätzten Stellenkontingente (ca. 4 bis 7 Stellen) aus eigenen Mitteln – und somit hauspolitisch neutral – erbringen. Eine

Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes (Altersdiskriminierung) liegt nicht vor, weil wissenschaftliche Studien belegen, dass der Schicht- und Wechseldienst sich mit zunehmendem Alter besonders belastend auswirkt.

Dienstkleidung

Teilzeitkräfte erhalten zukünftig das volle Kleidergeld, auch gibt es mehr differenzierende Rangabzeichen für Tarifbeschäftigte. Poloshirt und Baseball-Cap werden als Teil der neuen Dienstuniform kommen, dürfen aber nur auf dem Anstaltsgelände getragen werden. Für das Poloshirt besteht ein eindeutiges Votum für einfarbig dunkelblau, bezüglich einer Brusttasche besteht kein eindeutiges Votum der Personalratsvertreter. Hingegen sollen Schulterklappen zum Poloshirt gehören. Geschätzt wird ein jährlicher Bedarf von drei Poloshirts pro Bedienstetem.

Die Regenhose soll insgesamt zwei Durchgriffe (je rechts und links einen) erhalten; die Bedarfzahl wird auf höchstens 0,5 pro Bediensteten und Jahr geschätzt.

Auch der hellblaue Unterziehrolli wird vorgestellt und findet Zustimmung. Er soll bis spätestens März 2014 verfügbar sein.

Die Umstellzeit von grüner auf blaue Uniform soll zum 01.07.2014 enden. Für Bedienstete, die innerhalb eines noch festzulegenden Zeitraums danach die regelmäßige Pensionszeit erreichen werden, soll kein Zwang zur Umstellung erfolgen.

Die (blaue) Tuchuniform wird kaum nachgefragt, weil sie im Alltag regelmäßig keine Verwendung findet. Deren Anschaffung wurde aber bei der Bemessung des Kleidergeldes einkalkuliert. Werden weiter keine Tuchuniformen nachgefragt, kann dies Auswirkungen auf die Höhe des Kleidergeldes haben.

Herr **Konrath** erläutert, dass Teile der alten Uniform eventuell noch zu Taschen etc. umgearbeitet werden. Die VAWs in Heilbronn und Schwäbisch Gmünd sind hier an der Planung. **Deshalb bitten wir die Kolleginnen und Kollegen, die alten Uniformen noch nicht wegzuerwerfen.**

Alexander Schmid dankt Herrn **Weik** und Frau **Weber** für die äußerst gelungene

Kooperation bezüglich der Einführung der blauen Uniform.

Herr Weik berichtet über das Haftplatzentwicklungsprogramm 2015 anhand einer sehr beachtlichen und interessanten Power Point Präsentation mit Lageplänen und Skizzen. (Diese Präsentation kann als Datei beim Landesvorstand oder der Geschäftsstelle angefordert werden.)

Durchführung von Disziplinarmaßnahmen: Dieser Top musste aus Zeitgründen ausfallen.

Verschiedenes:

Belobigungen für Bedienstete, die keine Fehltag aufweisen, sind rechtlich unproblematisch, sofern sie keine (wesentlichen bzw. einkommensrelevanten) materiellen Begünstigungen beinhalten.

Im VAW wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Aufgabe erhält, die Organisation und den Personalbedarf landesweit zu überprüfen.

Im Jahr 2014 wird es wieder vom JuM ausgerichtete **landesweite Fortbildungen für Personalräte** und im Jahr 2015 eine gemeinsame Veranstaltung für Anstaltsleiter und Personalräte zum neuen LPVG geben.

Zudem wird eine **Mitarbeiterbefragung** zur Mitarbeiterzufriedenheit landesweit im Justizvollzug geprüft. Hierbei sollen wissenschaftlich erprobte und validierte Messinstrumente zum Einsatz kommen.

Die **Aufstiegslehrgänge** im AVD nach § 22 Abs. 1 Nr. 5 LBG können nur von Personen in entsprechenden Dienstposten, die mit A 10 oder höher bewertet (gehobener Dienst) sind, besucht werden.

Ein gewährter Urlaub eines Beamten, der kurz vor seiner Pensionierung steht und der erhebliche Minusstunden hat, kann nicht aus dem Grund des Abbaus von Minusstunden widerrufen werden.

Sind **Abordnungen** erforderlich, wird mittels summarischer Prüfung ermittelt, welche JVA diese am ehesten wird stemmen können (Prognoseentscheidung). Für Abordnungen gilt das Reisekostenrecht; zusätzliche Zuwendungen sind nicht möglich.

Auf die Frage der Personalräte aus der JVA Rottweil, ob von der VwV Schicht- und Wechseldienst abgewichen werden kann, verbleibt es bei der Auskunft, dass diese VwV verbindlich und penibel einzuhalten ist, denn diese VwV dient dem Gesundheitsschutz. Leider kommt es der-



Foto: PPP JuM

zeit aufgrund der fehlenden Dienstpostenbewertungen in einzelnen Laufbahngruppen zu einem Beförderungsstau. Dies wird von Seiten des Justizministeriums eingeräumt, aber gleichzeitig darauf verwiesen, dass man – letztlich auch im Interesse der Kandidaten – nicht bereit ist, rechtliche Risiken bei Beförderungen in Spitzenämter einzugehen.

Arbeitsgruppe Personalauswahl bei Ersteinstellungen: Es wird in naher Zukunft im baden-württembergischen Personalauswahlverfahren für den AVD und Werkdienst kein zentrales Auswahlverfahren geben; allerdings sollen die Auswahlinstrumente (Testdiagnostik; Sportprüfung, Rechtschreibprüfung etc.) landesweit mehr vereinheitlicht werden. Damit lässt sich allerdings nicht das Problem lösen, dass z.B. ein Bewerber in der JVA A abgelehnt wird, in der JVA B eventuell aber eine Zusage erhält. Ist der Bewerber dann in B verbeamtet worden, beantragt er womöglich seine Versetzung nach A.

Im nächsten Update des Gisbo sollen Personen, die Minusstunden (Wochenenddienste?) haben, eine „rote Ampel“ erhalten, um dem Dienstplaner anzuzeigen, dass diese Personen bevorzugt zum Dienst eingeteilt werden sollen.

5. Aktuelles zur Beihilfe und Versorgung der Beamten

Hartmut Landbeck von der *DBV/AXA* erläutert die aktuellen Veränderungen in der Beihilfe und der Versorgung und er weist auf mögliche Versorgungslücken hin.

6. Zusammenarbeit mit der Stufenvertretung nach § 85 LPVG

Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats **Georg Konrath** informiert die Teilnehmer über den aktuellen Sachstand.

7. Personalratsarbeit in der Praxis der einzelnen JVA's

Die Personalratsvertreter aus den einzelnen Justizvollzugsanstalten berichten ausführlich über die Situation in ihren Dienststellen. Ein eingehender Gedankenaustausch findet statt, gemeinsam werden Lösungsmöglichkeiten für bestehende Schwierigkeiten aufgezeigt. In einer Reihe von Anstalten hat sich, erfreulicherweise durch den Wechsel in der Führung oder durch personelle Veränderungen auf Seiten der Personalräte, eine deutliche Verbesserung zu Gunsten der vertrauensvollen Zusammenarbeit ergeben.

Allgemein lässt sich feststellen, dass dort, wo man mit den Anstaltsleitungen im ständigen persönlichen Gedankenaustausch steht, auch hoher gegenseitiger

Respekt und Wertschätzung erreichbar sind. Leider gibt es weiter einige wenige Dienststellen, bei denen mannigfaltige Probleme im Umgang mit dem Personalrat und den dortigen Bediensteten existieren. Dies wirkt sich häufig und nicht zuletzt auch durch hohe Krankheitsausfälle und „innere Kündigungen“ von Beschäftigten aus.

Es besteht die Hoffnung, dass z.B. durch die vom Justizministerium vorgesehene Mitarbeiterbefragung derartige Führungsprobleme deutlich gemacht und diesen durch wirksame Maßnahmen gegengesteuert werden können.

Ein anstaltsübergreifendes Problem sind die erheblichen Belastungen durch Aus- und Vorfürhungen bei Großprozessen, was zu erheblichen Mehrarbeitszeiten führt, die dann wieder an anderen Stellen, z.B. durch die Streichung von Dienstsport, eingespart werden.

Hier sind einige Auszüge von allgemeiner Bedeutung:

Offenburg: Man befindet sich in einer schwierigen Übergangsphase, was die Rückführung der Privatisierung betrifft. Die zukünftige Personalplanung (bis zu 17 Stellen) sei noch unklar, weil der Landesrechnungshof Stellenstreichungen empfohlen habe. Die Stellen des AVD und des Werkdienstes sollen ja über die Schließungen der kleinen Anstalten (Heidelberg, Ellwangen, Heidenheim) erbracht werden; die 37 Stellen für Psychologen, Lehrer und Sozialarbeiter müssten aber zwingend im Landeshaushalt neu ausgewiesen werden. Auch könnten geeignete Mitarbeiter von „Kötter“ keine definitiven Zusagen für eine Weiterbeschäftigung erhalten, was zu Verunsicherung und eventueller Abwanderung guter Kräfte führen könnte.

Sozialtherapie Hohenasperg:

Bei Stellenbesetzungen im gehobenen und höheren Dienst gebe es erhebliche Schwierigkeiten, geeignete Bewerber zu finden. Man habe nun aber doch zwei Bewerber einstellen können; dies aber nur im Angestelltenverhältnis.

Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg (JVKH): Das von der Vollzugsdienstleitung angestrebte Rotationsprinzip (Mitarbeiter sollen zwischen den einzelnen Stationen umgesetzt werden) gegen den Willen der Bediensteten führe zu Arbeitsunzufriedenheit.

Mannheim: Man habe den Eindruck, dass Eigenbetriebe zugunsten Unternehmerbetrieben zurück gedrängt wer-

den sollen. Beim Neubau der Torwache besteht eine Finanzierungslücke. Mit dem Neubau der Frauenabteilung (U-Haft) wurde noch nicht begonnen.

Heidelberg: Hier steht die Schließung zum 01.04.14 an. Ein „Ausbluten“ des Personals ist zu verzeichnen, was derzeit durch Abordnungen aus Mannheim teilweise kompensiert wird. Landtagspolitiker haben die JVA besucht und Zusagen bezüglich einer sozialverträglichen Abwicklung gemacht. Mehrmals waren der VDL von Mannheim und der Verwaltungsleiter vor Ort, um mit den Bediensteten zu sprechen. Nach dem gegenwärtigen Stand können aber sozialverträgliche Versetzungen in die JVA Kislau offenbar nicht wie erwartet umgesetzt werden.

Waldshut-Tiengen: Auch hier steht das Thema Schließung an, was Unsicherheit unter den Bediensteten schafft.

Freiburg: Der Posten des Anstaltsleiters wurde neu besetzt und man erwartet eine gute Zusammenarbeit. Es wird vom Fachgruppenvertreter Werkdienst bestätigt, dass es eine landesweite Tendenz zur Zurückdrängung von Eigenbetrieben zugunsten der Unternehmerbetriebe gibt. Dies gehe wohl auf eine Empfehlung des Landesrechnungshofes zurück.

Ravensburg: keine ernsthaften Probleme.

Adelsheim: Immer noch sei man leider mit dem gewalttätigen Übergriff eines Gefangenen auf eine Bedienstete beschäftigt. Die Bedienstete benötige – verständlicherweise – psychotherapeutische

Unterstützung, jedoch bereite das LBV Schwierigkeiten mit der Kostenübernahme. Zudem wird aus Heimsheim berichtet, dass der Gefangene zwar in Adelsheim mit Arrest diszipliniert worden war, diese Disziplinarmaßnahme jedoch nach dessen Verlegung in Heimsheim zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Alle Anwesenden zeigten ihr Unverständnis über diesen Vorgang und

es wird eine Intervention des **BSBD** gefordert. Man sieht diese Entscheidung als völlig falsches Signal sowohl an den gewalttätigen Gefangenen als auch besonders an die betroffene Bedienstete sowie an alle ihre Kolleginnen und Kollegen.

Bruchsal: keine Besonderheiten

Karlsruhe: Die Aufgabe der Selbstständigkeit schmerze die Kolleginnen und Kollegen vor Ort, denn man werde zukünftig Außenstelle von Bruchsal. Zur Fusion der Anstalten wurde eine Arbeits-



BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid.
Foto: BSBD

Nürnberger Lebensversicherung

Tel. 0800-1012555

(gebührenfrei)

www.beamtendarlehen1.de

Beamtendarlehen & Angestelltendarlehen

Beamte 30 Jahre – Laufzeit 20 Jahre

10.000.- € monatl. Rate ab 78,99 € · Sollzins 4,59 % · Effekt. Jahreszins 5,36 %

30.000.- € monatl. Rate ab 233,83 € · Sollzins 4,59 % · Effekt. Jahreszins 5,23 %

50.000.- € monatl. Rate ab 388,68 € · Sollzins 4,59 % · Effekt. Jahreszins 5,20 %

gruppe gebildet, bei der ein Vertreter des Personalrats selbstverständlich dabei ist.

Ulm: Durch den Umbau des Freigängerheims gab es eine akute Parkplatznot. Eine Klage gegen eine Beurteilung lähmt Beförderungen.

Pforzheim: Ein hoher Krankenstand zeichnet das Bild von unzufriedenen Mitarbeitern ab. Folge hiervon ist die Nichtbesetzung von Dienstposten und erhebliche Mehrarbeit. Offene Beförderungsstellen werden nur kommissarisch besetzt. Insgesamt bleibt die Außenstelle ein Brennpunkt.

Heimsheim: Es gibt in Heimsheim Probleme bei der Frage, welcher Personalrat zuständig sei. Dies sei nicht immer klar zu entscheiden, weil die Bestimmung des betroffenen Personalrats im Sinne des § 85 LPVG nicht eindeutig ist. Das Gremium empfiehlt auf jeden Fall, die Zusammenarbeit zwischen örtlichem und Gesamtpersonalrat eng zu gestalten.

Der Krankenstand in Heimsheim ist nach wie vor sehr hoch – auch wenn man die rote Laterne im Landesvergleich hat abgeben können, was auf eine entsprechend verbesserte Arbeitszufriedenheit rückschließen lässt.

Rottenburg: Ein Personalratsmitglied hat sich sehr für die Einrichtung eines an die Behörde angeschlossenen Kindergartens engagiert, jedoch bestand kein entsprechender Bedarf bzw. keine Akzeptanz unter den Kollegen.

Schwäbisch Hall: Fehlendes Personal

und der häufige Wechsel der Anstaltsleiter sind zu beklagen.
Konstanz: Es gibt einen Personalnotstand in der JVA Konstanz und man versuche nach besten Kräften Stunden zu sparen. Über einen Besuch der Kommission zur Verhinderung der Folter wird positiv berichtet; man müsse keine Berührungsängste haben (auf deren Homepage wurde verwiesen; siehe: [Nationale Stelle zur Verhütung von Folter: Startseite](#)). Auch wird darauf hingewiesen, dass der Anstaltsbeirat auch für das Personal zuständig ist und von daher eine gute Zusammenarbeit von Anstaltsbeirat und Personalrat anzustreben sei.

8. BSBD und Seniorenverband

Herr **Steinbach** berichtet über die aktuellen Entwicklungen im 21.000 Mitglieder zählenden **Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg** ([www.senioren-oed-bw.de](#)). Sehr positiv im Sinne der Mitglieder wird gesehen, dass ab 01.01.2014 alle Mitglieder des **BSBD**, die pensioniert werden oder in



Blick ins Plenum – vorne links: HPR-Vorsitzender Georg Konrath.

Foto: BSBD

Rente gehen, automatisch zum selben Beitrag wie vorher gleichzeitig auch Mitglied beim Seniorenverband (im **BBW**) werden. Damit erhalten Sie die für diesen Lebensabschnitt die notwendige und kompetente Rundumbetreuung vom größten Verband – insbesondere bei

Fragen zur Versorgung und zur Beihilfe – und gehören dennoch weiter zur Vollzugsfamilie.

9. Personalratswahlen 2014

Georg Konrath erläutert die Besonderheiten der Personalratswahlen, die am 01. und 2. Juli 2014 durchgeführt werden. Er appelliert schon jetzt eindringlich an die versammelten Personalrätinnen und Personalräte, alle Anstrengungen zu unternehmen, um sehr zahlreiche Kandidaturen von Kolleginnen und Kollegen – besonders auch aus dem Tarifbereich – aufzustellen und zu einer sehr hohen Wahlbeteiligung aufzurufen. Nur so können unsere Ziele erreicht werden und unsere Stärke erhalten bleiben.

10. Änderungen des LPVG Baden-Württemberg

Monika Haas und **Georg Konrath** stellen die geplanten Änderungen des LPVG Baden-Württemberg vor. Auf die Vorläufigkeit der Erläuterungen wird hingewiesen, denn noch sei der vorgelegte Gesetzesentwurf nicht verabschiedet und daher muss

11. Abschlussrunde

Es wird von den Teilnehmern eine sehr positive Bilanz zu der sehr informativen und intensiven Tagung gezogen und man bedankt sich ausdrücklich bei den Referenten, namentlich bei Frau **Haas** sowie

den Herren **Konrath** und **Schmid**. Hervorgehoben wird auch, dass sich die Umstellung auf eine dreitägige Veranstaltung gelohnt habe, weil man wesentlich tiefer und differenzierter in die umfangreiche Materie eindringen konnte und der informelle Meinungsaustausch – auch in gemütlicher Runde – dabei nicht zu kurz kam. **BSBD**-Landesvorsitzender

Alexander Schmid hatte sich bereits im Laufe der Tagung beim Organisator der Tagung **Georg Konrath** für dessen herausragende Organisation bedankt, dem konnten sich die Teilnehmer in vollem Umfang anschließen.

Hans Guggenheim/Georg Konrath

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800-1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen / Akademikerdarlehen

4,50% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH

E3, 11 Planken

68159 Mannheim

Fax: (0621) 178180-25

Info@AK-Finanz.de

[www.AK-Finanz.de](#)

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.820 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldversicherung.

Die Ära Rösch ist beendet

Harald Egerer ist der Nachfolger

Anstaltsleiter Thomas Rösch beendete seinen Vollzugsdienst. 24 Jahre stand er an der Spitze der JVA Freiburg; nun ging er in den wohlverdienten Ruhestand.

Am 11. November 2013 fand in der Sporthalle der JVA Freiburg die feierliche Verabschiedung unseres langjährigen Anstaltsleiters, Herrn Leitender Regierungsdirektor **Thomas Rösch**, statt.

Gleichzeitig wurde der neue Anstaltsleiter, Herr Leitender Regierungsdirektor **Harald Egerer**, in sein Amt eingeführt. Zahlreiche Gäste aus Kreisen der Politik, der Justiz und der Polizei waren der Einladung zur Abschiedsfeier und zur Einführung gefolgt, ebenso Familienangehörige und Anstaltsbedienstete.

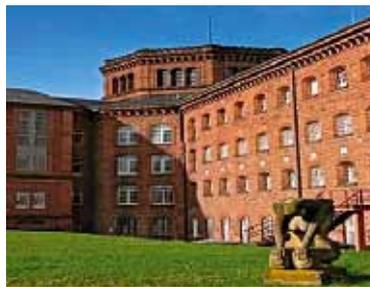
Nach der wohlgesetzten Begrüßungsansprache des stellvertretenden Anstaltsleiters der JVA Freiburg, Herrn Regierungsdirektor **Maurer-Hellstern**, folgte die Ansprache von Herrn Justizminister **Stickelberger** zur Verabschiedung von Herrn **Rösch** und zur Einführung von Herrn **Egerer**. Der Justizminister würdigte gebührend anhand des Werdegangs die herausragende berufliche Lebensleistung von Herrn **Rösch**. Insbesondere erwähnte er auch sein fachliches Wissen und sein nationales Mitwirken als Sachverständiger und Berater in den schwierigen rechtlichen und praktischen Fragen zur Ge-

staltung der Sicherungsverwahrung.

Dem Abschluss seiner Rede gab Justizminister **Rainer Stickelberger** eine durchaus persönliche Note: „Herr **Rösch**, vor 40 Jahren lernten wir uns beim Jurastudium kennen. Ich hätte im Traum nicht daran gedacht, dass ich Sie einmal aus Ihrem Dienst verabschieden dürfte.“

Zum Amtsantritt von Herrn **Egerer** bemerkte der Justizminister: „Herr **Egerer** ist bereits vielseitig beruflich erprobt. Alle ihm bisher übertragenen Aufgaben erfüllte er mit großer Bravour, hohem Engagement und überaus fachlicher Eignung.“

Er sei überall beliebt aufgrund seines kollegialen Wesens. Die Fähigkeiten zur



JVA Freiburg – Zentrale.

Foto: Homepage JVA FR



LRD Harald Egerer – Justizminister Rainer Stickelberger – LRD i.R. Thomas Rösch.

Foto: BSBD

Führung dieser großen Anstalt seien bei Herrn **Egerer** zweifelsfrei vorhanden, er sei sich sicher, dass Herr **Egerer** diese Herausforderung hervorragend meistern werde, er wünsche ihm für diese Aufga-

be viel Glück und Erfolg. Abschließend überreichte Justizminister **Stickelberger** den Ehefrauen der beiden Geehrten – Frau **Bischoff-Rösch** und Frau Dr. **Egerer-Uhrig** – jeweils einen Blumenstrauß.

Nächster Redner war der Erste Bürgermeister von Freiburg, Herr **von Kirch-**

bach. Er bedankte sich für die langjährige erfolgreiche Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Vollzugsanstalt und er meinte, das Gefängnis sei anerkannter fester Bestandteil in der Stadtmitte von Freiburg. Er überreichte Herrn **Rösch** einen Briefumschlag mit Karte für einen Theaterbesuch.

Im Namen der baden-württembergischen Anstaltsleiter überbrachte der Anstaltsleiter der JVA Offenburg, Herr **Hans-Peter Wurdak**, die Glückwünsche der Anstaltsleiterkolleginnen und -kollegen und er erinnerte an das jahrelange Wirken von Herrn **Rösch** als Sprecher dieser Gruppierung.

Anschließend überreichte er ein Buchgeschenk mit den Worten: „Lieber Thomas, Du hast nun Zeit zum Reisen und Besichtigen, es sind alle nennenswerten Sehenswürdigkeiten von Baden-Württemberg in diesem Buch enthalten.“

Nun trat der „Chef“ selbst auf die Bühne. Seine Abschiedsrede war eine sehr bemerkenswerte intensive Bilanz seiner langen „Vollzugszeit“ von A bis Z. (Die Rede von Herrn **Rösch** ist im Anschluss abgedruckt.)

Zum Schluss dankte Herr **Rösch** allen Gästen für ihr Kommen und wünschte der Anstalt und seinem Nachfolger weiterhin viel Erfolg und das notwendige Quäntchen Glück. *OV Freiburg*

Thomas Rösch feierte mit seinem Personal Abschied

Abschiedsfest auf dem Stöckenhof – Immer ein offenes Ohr für die Belange des BSBD gehabt

Am 28. Juni 2013, seinem letzten Arbeitstag als Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Freiburg, lud Herr Rösch zum seinem Abschied die Bediensteten, seine Familie und weitere Gäste auf „seinen“ Stöckenhof ein. Der Stöckenhof ist ein von der JVA Freiburg betriebener Landwirtschaftshof und der Außenstelle Emmendingen angegliedert.

Überaus zahlreich erschienen die eingeladenen Gäste, um mit „ihrem“ Chef Abschied zu feiern. Verschiedene Fachdienste ehrten ihn mit Ansprachen und auch mit Liedvorträgen. Zahlreiche Geschenke wurden überreicht – so eine

historische Gefängnistüre, eine Gartenbank und Arbeitskleidung für den Garten sowie eine mit der Motorsäge vor Ort life gefertigte Holzskulptur und vieles mehr. Originell war die Übergabe der „Gefangenenakte Rösch“ durch den stellvertretenden Anstaltsleiter, Herrn **Maurer-Hellstern**.

Der **BSBD-Ortsverbandsvorsitzende Wintergerst** ließ es sich nicht nehmen, sein langjähriges Mitglied „**Thomas Rösch**“ mit einigen Worten zu ehren. Man sei sehr stolz, so **Wintergerst**, ein solch prominentes Mitglied in seinen Reihen zu haben. Auch in der Zeitschrift „**Der Vollzugsdienst**“ habe Herr **Rösch** mit seinen Fachkommentaren zu Justiz-

vollzug und Rechtsprechung hohe Anerkennung gewonnen. Zudem dankte der Vorsitzende Herrn **Rösch** für die langjährige, gute Zusammenarbeit mit den Worten: „Sehr geehrter Herr **Rösch**, Sie hatten immer ein offenes Ohr für die Belange unserer Berufsvertretung. Wo immer sie helfen konnten, hatten wir Ihre Unterstützung. Dafür nochmals recht herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie für die Zukunft alles Gute und noch sehr viele ereignisreiche und gesunde Lebensjahre.“ Anschließend übergab der Zweite Vorsitzende **Vogginer** als Abschiedspräsent dem neu im Ruhestand befindlichen Anstaltsleiter einen Geschenkkorb. *OV Freiburg*

Mit einer bemerkenswerten Rede zu den Grundsätzen des Strafvollzugs – damals und heute – hat sich der ehemalige Leiter der JVA Freiburg vom Justizministerium, von der Stadt Freiburg und von seinen Bediensteten verabschiedet. Die Rede wird in leicht gekürzter Fassung und ohne die vielen Namensnennungen der Dankadressaten hier wiedergegeben.

Anstaltsleiter i.R. Thomas Rösch:

Rede zur Verabschiedung aus dem aktiven Justizvollzugsdienst am 11. November 2013 in der Sporthalle der JVA Freiburg

Sehr verehrter Herr Justizminister,
sehr verehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen
der Justizvollzugsanstalt,
liebe Familie,
lieber Harald,

Manche von Ihnen werden sich fragen – auch ich habe mir manchmal diese Frage gestellt – warum ein Jurist nach zwei Staatsexamina ausgerechnet im Gefängnis seinen Beruf, ja seine Berufung und Erfüllung findet und in meinem Falle gefunden hat. Vielleicht aus Neugier oder gar aus Abenteuerlust? Die Frage möchte ich heute zunächst mit den Worten eines mit mir befreundeten ehemaligen Leiters der kantonalen Strafanstalt Lenzburg, Dr. Pfrunder, beantworten.

Zitat:

„Man fragt uns ja oft, weshalb wir gerade diese Arbeit gewählt haben und weshalb wir diese Arbeit tun und immer noch tun. Meine ehrliche Antwort darauf lautet: weil es eine spannende Arbeit ist. Spannend deshalb, weil sie von den Gefilden der Psychologie, über die Psychiatrie bis zu den Problemen eines Alarmmanagementsystems und von einer 40-Tonnen-Pressen, über das Feuerwehrschaumrohr bis zur Problematik der Abgabe von Neuroleptika reicht. Nach 14 Jahren fasziniert mich immer noch die unheimliche Spannweite der Dinge und die Konzentration von so vielem und verschiedenem Fachwissen auf so engem Raum und das Wunder, dass all diese so total verschiedenen Fachkräfte tagtäglich und meist erfolgreich zusammenwirken.“

Für meine Person ergänze ich: „Faszinierend ist die Arbeit mit Menschen – Gefangenen – aus über 50 verschiedenen Nationalitäten, faszinierend sind Straftaten, die in ihrer Bandbreite vom einfachen Diebstahl und Straßenverkehrsdelikten über Raub und Vergewaltigung bis zum Völkermord reichen und die Erfahrung daraus, dass alle diese Menschen so verschieden sind wie ihre Straftaten und es die Ursache für Kriminalität nicht gibt. Faszinierend ist schließlich die Erfahrung, dass es keine nur weißen, aber auch keine nur schwarzen Seelen in den Menschen gibt, wenn auch zugegebenermaßen in einem Gefängnis die Farbe dunkelgrau vorherrscht.“ Also jedenfalls ein spannender, aber auch ein begehrenswerter, ein erstrebenswerter

Beruf? Die Berliner Wochenpost hat vor einiger Zeit das Ergebnis einer Umfrage nach den unbeliebtesten Berufen in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht.

Danach wollen 64 % aller Befragten unter keinen Umständen den Beruf des Gefängnisbediensteten ausüben.

Nur auf 57 % Ablehnung kam der Recyclingmüllsortierer vor dem Fließbandarbeiter mit 54%. Ein übles Zeugnis für die Befragten, die das Müllsammeln vor den Umgang mit Menschen gesetzt haben.

Also doch kein Traumberuf?

Sicherlich kein Traumberuf, weil man im Berufsleben nicht träumen kann, sondern mit wachen Augen und Ohren seinen Dienst verrichten muss. Ein Beruf, der immer spannend ist, mit Höhen und Tiefen, vielen Enttäuschungen über menschliches Verhalten, das eine oder andere höchst ärgerlich, aber auch ein Beruf mit menschlichen Begegnungen, die so in kaum einem anderen Berufszweig möglich sind.

Am 06.09.1989 wurde ich durch den damaligen Justizstaatssekretär Dr. Volz (Staatssekretäre im Justizministerium gab es damals noch) in mein Amt als Anstaltsleiter der JVA Freiburg eingeführt. Die Badische Zeitung titelte in ihrer Ausgabe vom 07. September 1989 das Ereignis wie folgt: „Vom ‚Behandeln‘ hin zum Chancenvollzug“.

Ich zitiere aus meiner damaligen Rede: „Erlauben Sie mir einige grundsätzliche Bemerkungen zum Strafvollzug. Ich beginne mit den Reiz- oder auch Schlagworten vom Behandlungsvollzug bzw. von der Resozialisierung. ... Die Vollzugsanstalt ist ein **Gefängnis und kein Krankenhaus**, die meisten Gefangenen sind nicht krank. Viele Gefangene sind auch nicht entsozialisiert, einige sogar übersozialisiert. Wenn ich dies so überspitzt formuliere, dann nicht deshalb, weil ich Gegner der Resozialisierung oder der Behandlung von Gefangenen wäre, sondern vor allen Dingen



Thomas Rösch.

Foto: BSBD

deshalb, weil ich als Praktiker inzwischen etwas bescheidener geworden bin, was die Möglichkeiten einer Vollzugsanstalt anbetreffen.

Ich meine, dass wir statt von Behandlungsvollzug besser vom **Chancenvollzug** sprechen sollten. Das heißt, dass dem Gefangenen, der seine kriminelle Karriere abbrechen will, eine entsprechende Chance dazu eröffnet werden soll. Die Chance kann darin bestehen, dass familiäre, schulische oder auch berufliche Defizite behoben werden. Die Chance kann bestehen im Angebot des

sozialen Trainings, der hier gegebenen therapeutischen Hilfen, insbesondere auch im Drogenbereich. Hier hat die Vollzugsanstalt zum Teil gute, zum Teil sehr gute Voraussetzungen. Ich meine, dass gerade die Vollzugsanstalt Freiburg mit ihrem großen Bildungsangebot im schulischen Bereich vorbildlich ist. Dasselbe gilt für die Berufsausbildung im Bereich Holz und Metall. Wer hier seine Chance sucht und bereit ist, mitzuarbeiten, wird diese auch finden.“

Etwas später im Text heißt es: „Wenn ich von Chancenvollzug rede, dann meine ich **keinen Hotelvollzug**. Das Ziel des Vollzuges kann auf keinen Fall sein, dass Gefangene ein bequemes Leben haben. Chancenvollzug schließt nicht aus, dass Gefangene in einer Anstalt so weit wie möglich auch lernen sollten, durchzuhalten bei der Arbeit, Disziplinlosigkeiten zu unterlassen und ihre oft mangelnde Fähigkeit zum Bedürfnisaufschub – sprich: mangelnde Frustrationstoleranz – zu verbessern. Wenn wir Lebensläufe von Gefangenen anschauen, so stellen wir oft fest, dass diese gekennzeichnet sind durch Schule-Schwänzen, Sitzenbleiben, Lehrabbruch, häufigen Arbeitsplatzwechsel. Der Vollzug hat hier auch die Aufgabe, Gefangene auf diese Defizite anzusprechen und – entschuldigen Sie das altmodische Wort – in einem gewissen Bereich zu erziehen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich diese meine Rede vom September 1989 selbst so höre, so habe ich kein Wort davon zurückzunehmen, aber einiges zu ergänzen. Ich komme zunächst zu den Chancen **Schul- und Berufsausbildung**, Arbeit. Ohne allzu sehr übertreiben zu müs-

sen, kann ich am heutigen Tage formulieren: Die JVA Freiburg ist, was insbesondere die Schulausbildung, aber auch die Berufsausbildung betrifft, ein wahrer **Leuchtturm**, nicht nur innerhalb Baden-Württembergs, sondern auch bundesweit, ja sogar, wenn man über die Grenzen hinausblickt, europaweit. Die Möglichkeit der Schulabschlüsse wurde seit 1989 ergänzt durch die Berufsoberschule, die zum Abitur führt, und durch verschiedenste Studiengänge, die Gefangene zum Bachelor, ja sogar bis zum Masterabschluss führen.

Bedingt durch die Grenzöffnung 1990 und die Internationalität der Gefangenen war es wichtig, Deutschkurse für Ausländer, insbesondere aber für Spätaussiedler aus dem früheren Ostblock, anzubieten. Chancen in unserer Gesellschaft hat nur, wer lesen und schreiben und auch Deutsch sprechen kann. Dies haben wir systematisch seit 1990 vorangetrieben und eben nicht nur Abitur und Studium angeboten, sondern Grundfertigkeiten vermittelt – man könnte auch sagen: **Chancen zum Leben gegeben**.

Die Berufsmöglichkeiten wurden erweitert um den Bereich Ernährung – Ausbildung zum Vollkoch und Metzger, im Bereich Schneider, Gebäudereiniger, aber auch in Kurzausbildungsangeboten wie Schweißerausbildung, Gabelstaplerausbildung und Teilezurichter.

Ein Wort zur Arbeit und Arbeitspflicht: Ich möchte Ihnen heute, sehr verehrter Herr Minister, ausdrücklich dafür danken, dass Sie **nicht** den Weg von einigen anderen Bundesländern gegangen sind, die Arbeitspflicht im Strafvollzug abzuschaffen. Dabei geht es **ausdrücklich** nicht um Disziplinierungsmöglichkeiten für nicht arbeitende Gefangene, sondern schlichtweg darum, dass derjenige, der die Arbeitspflicht abschafft, umgekehrt sich auch aus der Verantwortung stehlen kann, geeignete moderne und attraktive Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze zu schaffen oder beizubehalten.

Wer die Ergebnisse einer solch fehlgeleiteten Politik sehen möchte, braucht nur ca. 40 Kilometer westlich französische Anstalten oder auch italienische Anstalten zu betrachten. Arbeitslose und den ganzen Tag sinnlos herumlungernde Gefangene kennzeichnen diese Anstalten, wobei einige wenige Gefangene in Frankreich (ca. 10 %) tarifmäßig bezahlt werden und damit die Subkultur noch anheizen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder, der im Vollzug arbeitet, weiß es: **Arbeit strukturiert den Tag**, vernünftige und angeleitete Freizeit am Abend ergänzt die Arbeit, sorgt für Ruhe und Sicherheit in den Anstalten und das Wichtigste: Nichts ist schlimmer für einen Gefangenen als ohne diese Angebote die Haft überstehen zu

müssen. **Zeit kann dann zur Folter werden** und Freiheitsstrafen werden als unendlich empfunden.

Ich komme zu weiteren Chancen: Bei meiner Antrittsrede habe ich auch auf die Notwendigkeit einer erweiterten Drogenberatung und Drogenhilfe hingewiesen. Nicht ohne Stolz kann ich sagen, dass wir in der JVA mit unseren Angeboten und zusammen mit der **Drogenberatungsstelle KOBRA** einen hervorragenden Standard erreicht haben. Das geht soweit, dass Gefangene, insbesondere in der U-Haft, weniger lang auf einen Gesprächs- oder Beratungstermin warten müssen als freie Bürger von draußen. Dazu kommt die hervorragend organisierte **Substitution** von Schwerstabhängigen.

Ich bekenne gerne, dass ich auf diesem Gebiet vom Saulus zum Paulus geworden bin. Hatte ich am Anfang meiner Dienstzeit als Anstaltsleiter noch große Bedenken, so trete ich inzwischen vorbehaltlos für eine professionelle Substitution im Strafvollzug ein. Auch hier gab und gibt es größtes Lob für die Anstalt durch externe Fachleute. So wurde die Arbeit unseres Anstaltsarztes zusammen mit der Drogenberatung unserer Psychologen und Sozialarbeiter mehrfach als vorbildlich gewürdigt. Chancen zum Ausstieg aus der Betäubungsmittelkriminalität oder zumindest Chancen zu einem Leben ohne ständigem Suchtdruck durch professionelle Substitution **sind bester Chancenvollzug**.

Therapie von Gewalt- und Sexualstraftätern:

In diesem Bereich finde ich in meiner Antrittsrede nur einen Halbsatz. Vergleicht man die Anstrengungen und Ausstattungen der Anstalten zum damaligen und jetzigen Zeitpunkt, so hat sich quasi ein Quantensprung ergeben. Hier und heute kann ich sagen, dass in der JVA Freiburg jeder Gewalt- oder Sexualstraftäter die Möglichkeit bekommt, eine ihm adäquate Therapie in der Anstalt selbst, in den sozialtherapeutischen Abteilungen oder durch externe Therapeuten zu bekommen. Hatte die Anstalt 1989 noch 2 Psychologenstellen, so sind es heute 8. Ein ähnlicher Zuwachs ergab sich im Bereich des Sozialdienstes.

Öffentlichkeitsarbeit

1989 habe ich den Ausbau der außerstaatlichen Entlassenenhilfe gefordert. Wörtlich habe ich formuliert: „Die Öffnung der Justizvollzugsanstalten nach außen ist nicht nur ein Gebot des Strafvollzugsgesetzes, sondern dringend erforderlich im Sinne unseres Arbeitszieles Resozialisierung. Der ständige Ausbau der ehrenamtlichen Arbeit war Pflicht und Kür zugleich. Ohne die vielen (150) ehrenamtlichen

Mitarbeiter und Betreuer wäre ein großer Teil der Freizeitveranstaltungen und Freizeiteinrichtungen überhaupt nicht denkbar. Stichworte hierzu: **Theatergruppe** mit vielen denkwürdigen Aufführungen unter Beteiligung der Öffentlichkeit, **Bürger- und Diskussionsgruppen**, **Fremdsprachengebote**, **Computerkurse**, **Weihnachtsfeiern**, **Sportfeste im Sommer** und vieles mehr. Eine vollständige Aufzählung würde unseren Zeitrahmen vollends sprengen.

Dazu gehört auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem **Beirat der JVA**, dem **Personalrat** und natürlich ein enger Kontakt mit **Landgericht, Amtsgericht und Staatsanwaltschaft, Behörden der Stadt Freiburg wie Ordnungsamt, Kulturamt, berufliche Schulen, Volkshochschule, Feuerwehr, Sozialamt**, mit den **Polizeidirektionen Freiburg und Emmendingen**, dem **Polizeirevier Freiburg-Nord**, **Rechtsanwaltskammer und Rechtsanwaltsverein Freiburg**. Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen genannten ein ausdrückliches Dankeschön aussprechen für die hervorragende Zusammenarbeit in meiner Zeit als Anstaltsleiter. Ich habe mich aufgehoben gefühlt im Bewusstsein, in schwierigen Situationen Hilfe zu bekommen. ...

Dass eine Justizvollzugsanstalt mit der örtlichen Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten muss, bedarf keiner näheren Erklärung. Worauf es mir aber immer ankam, war folgendes: **Eine Justizvollzugsanstalt ist kein rechtsfreier Raum**. Das heißt, dass ich immer und zu Anfang auch gegen den Willen des einen oder anderen Bediensteten darauf bestanden habe, dass jede Straftat – und seien es auch nur kleinere wie Beleidigungen, Diebstähle oder leichtere Körperverletzungen – angezeigt werden. Jede andere Verfahrensweise widerstrebte nicht nur meiner inneren Überzeugung als Jurist, sondern hätte ein verheerendes Signal an Gefangene und Bedienstete gegeben. ...

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies alles war und ist **Öffentlichkeitsarbeit im weiteren Sinne**. Dass die Öffentlichkeitsarbeit im **engeren Sinne**, nämlich der unmittelbare Kontakt zu Presse, Rundfunk und Fernsehen, einen großen Teil meiner Arbeitskraft beanspruchen sollte, habe ich mir 1989 **so nicht träumen lassen**. Sie alle kennen natürlich die Veröffentlichungen in Zeitungen, Interviews, Fernsehaufnahmen im Bereich der **Sicherungsverwahrung** seit 1997 und verstärkt seit dem Jahre 2004 bis jetzt. Wenn in der Tagesschau in den letzten Jahren zur Illustration des Strafvollzugs Bilder aus einer JVA zu sehen waren, so war dies zu einem ganz großen Teil die JVA Freiburg mit ihrer Zentrale und dem weiß-gelb-türkisfarbenen Anstrich. ... In der Tat, die Öffentlichkeitsarbeit im weiteren Sinne machte manchmal 80 – 90 %

meiner Arbeit aus. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich darüber aber nicht beklagen, auch wenn die eine oder andere Begegnung mit **Presse, Rundfunk und Fernsehen nicht immer vergnügungssteuerepflichtig** war. Im Gegenteil, die Öffnung der Anstalt, die Beteiligung von Presse, Rundfunk und Fernsehen **war mir wichtig, ja sogar sehr wichtig.**

Umso mehr habe ich es bedauert, dass die heutige Veranstaltung **hier hinter den dicken Mauern der JVA versteckt stattfindet** und nicht draußen in der Stadt inmitten ihrer Bürger und Einrichtungen. **Die JVA Freiburg braucht sich nicht zu verstecken, sie hat Anspruch und die Pflicht zur Öffentlichkeit.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum letzten Punkt meiner Bilanz: **zur Sicherheit der Anstalt.** In der „Badischen Zeitung“ vom 06.09.1989 war auch zu lesen, dass Staatssekretär Dr. Volz die „Nulllösung in Sachen Ausbrüche“ von mir forderte.

Dies ist mir nicht ganz gelungen. Gleich zu Beginn meiner Dienstzeit gab es einige Ausbrüche aufgrund der damals noch mangelnden Sicherheitsausstattung der Anstalt. Durch ständiges Nachrüsten in der Sicherheitstechnik aber auch in der Sicherheitsadministration ist es dann gelungen, die **Nulllösung von 1992 bis heute zu verwirklichen.** Ich klopfe auf Holz, dass dies auch weiterhin so bleiben möge, und bin sehr zuversichtlich, dass dies auch erreicht werden kann. Ursache für meine Zuversicht ist ein in der Praxis entwickeltes Freiburger Modell, nämlich die **Arbeitsgemeinschaft für gefährliche Gefangene.** Dieses Modell beruht auf zwei Thesen.

1. These:

Der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Gefangenen ist innerhalb des Vollzugs so viel Freiheit wie nur möglich zu gewähren (Schule und Arbeitsangebote, Öffnung der Zellen, Sport am Abend, lange Hofgangzeiten, offener Vollzug usw.). Die JVA muss aber Einrichtungen und eine Organisation bereithalten für einen kleinen Teil von Gefangenen, der für andere Gefangene oder Bedienstete gefährlich ist und der sich an Gesetze und Regeln der Anstalt nicht hält. Was meine ich damit? Die Älteren unter uns kennen Jean Paul Sartre und sein Theaterstück „Geschlossene Gesellschaft“. Die in einem Hotel untergebrachten „Verdamnten“ wundern sich zunächst über ihre „Hölle“.

Mit Ausnahme des „Eingesperrt-Seins“ gibt es dort weder Teufel noch Höllenqualen. Am Ende des Stücks bemerken sie, was die Hölle ausmacht: **„Die Hölle, das sind die Anderen.“**

Für den geschlossenen Strafvollzug bedeutet dies, dass Gefangene keinesfalls

sich selber überlassen bleiben dürfen. Das „Hinschauen“ und die ständige Präsenz und die konsequente Bekämpfung der Subkultur, die es notgedrungen in jeder Anstalt gibt, schützt die Schwachen vor Ausbeutung und körperlichen Übergriffen. Wer als Anstaltsleiter das nicht beachtet, der bereitet den Gefangenen „die Hölle“.

2. These:

Alle Bediensteten der JVA sind verantwortlich für die Sicherheit. Nicht nur der uniformierte allgemeine Vollzugsdienst, sondern auch Sozialarbeiter, Psychologen, Verwaltungsbeamte, Werkbeamte, ja selbst die Pfarrer sind verantwortlich für die Sicherheit. Es darf also keine Bediensteten erster und zweiter Klasse geben, als solche, die Wohltaten an die Gefangenen verteilen, und solche, die die Gefangenen sichern und disziplinieren. Das ist: **soziale Sicherheit.**

Gute Sozialarbeit, am Menschen orientierte Seelsorge, geeignete und wirksame Therapie-Angebote, Bildungsangebote, ausreichende und qualifizierte Arbeitsplätze, Sport und differenzierte Freizeitangebote sorgen nicht nur für Chancen auf Resozialisierung, sondern schützen Mitgefangene und Bedienstete vor Aggressionen und Übergriffen.

Dazu meine Grundüberzeugung: **Schikanieren einen Gefangenen, behandle ihn gerecht auch wenn es vielleicht im Einzelfall hart ist. Gewähre Beteiligung durch die Gefangenenmitverantwortung.**

Die Gefangenen geben dies zurück. Fast alle versuchten Geißelnahmen während meiner Dienstzeit und einige

körperliche Übergriffe auf Bedienstete wurden durch Mitgefangene verhindert. Das wäre sicher nicht geschehen, wenn diese Gefangenen unsere Bediensteten als Feinde betrachtet hätten. Deshalb gilt: Gefangene sind nicht unsere Feinde, sondern unsere Aufgabe.

Ich komme zum Schluss:

Sehr geehrter Herr Egerer, lieber Harald, ein Anstaltsleiter ist in vielen Bereichen durchaus vergleichbar mit dem **Dirigenten eines großen Orchesters.** Dieser ist angewiesen auf seine Musiker, die machen die Musik. Er selbst **spielt kein Instrument, hat nur seinen Taktstock.**

Genauso bist Du angewiesen auf Deine Bediensteten. Ich wünsche Dir als neuem

Dirigenten der JVA Freiburg Harmonie, auch wenn Dissonanzen nicht immer vermeidbar sind. Bringe alle Tasten zum Klingen, locke und umschmeichle Politiker mit Flöten und Geigen. Vergiss aber auch nicht **Pauken und Trompeten und das große Schlagzeug,** wenn es sein muss. Unsere heutigen Musiker, die Schlagzeuger, die Du zu unserer Veranstaltung gebracht hast, haben mich insoweit schon überzeugt.

Alle Bediensteten werden Dich im Chor begleiten unisono, auch wenn der Himmel nicht immer voller Geigen hängt. Die JVA Freiburg soll, so hoffe ich es und wünsche es Dir, auch unter Deiner Leitung einer der Stimmführer der Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg bleiben.

Zu kurz gekommen sind bei meiner Rede **Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen,** die jeden Tag Ihren schwierigen Dienst in der JVA verrichten. Nur leistungsbereite, leistungsstarke, kompetente, gut ausgebildete und auch angemessen und fair besoldete Mitarbeiter im Strafvollzug garantieren, dass wir auch künftig unseren Gefangenen Chancen zu einem Leben ohne Straftaten geben können.



Harald Egerer.

Foto: BSBD

Mit dem Zitat von Otto v. Bismarck rufe ich deshalb den Politikern ins Gedächtnis: **„Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten (ich ergänze Richtern) lässt sich immer noch regieren. Bei schlechten Beamten und Richtern helfen selbst die besten Gesetze nichts.“** Die Letzten Worte dieser Rede betreffen meine eigene Befindlichkeit.

Ich genieße diesen Tag als Abschluss einer insgesamt erfolgreichen, interessanten und erfüllenden Berufstätigkeit.

Ich sage danke für die vielfältige Hilfe und Unterstützung, die mir durch meine Vorgesetzten im Justizministerium, meine Kolleginnen und Kollegen Anstaltsleiter, vielen Einrichtungen und Personen außerhalb der Anstalt und insbesondere durch meine Bediensteten gewährt worden sind. Ich genieße den Tag aber auch als Anfang eines neuen Lebensabschnitts, frei von Termindruck, besonderen Vorkommnissen und vielen anderen Zwängen, denen ein verantwortungsvoller Behördenleiter sich kaum entziehen kann.

Ich schließe deshalb mit einem letzten Zitat von Hermann Hesse:

„Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft zu leben.“ Thomas Rösch

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg

Drei neue Fachgruppenvertreter gewählt – Willi Lewko seit 50 Jahren Mitglied im BSBD

Am 2. Dezember 2013 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg in der Gaststätte Rhodia Stüble in Freiburg statt. Der Ortsverbandsvorsitzende Heinz Wintergerst konnte 48 aktive Mitglieder und Pensionäre begrüßen.

Ganz besonders willkommen hieß er den Landesvorsitzenden **Alexander Schmid**, den Justiziar im Landesverband und stellvertr. Anstaltsleiter der JVA Freiburg, Herrn **Maurer-Hellstern**, den stellvertr. Landesvorsitzenden und Verwaltungsleiter der JVA Freiburg, Herrn **Zielinski**, Landeskassierer **Frank Maertins**, das Ehrenmitglied **Erich Haag**, sowie den Ortgruppensprecher von Waldshut-Tiengen, Kollegen **Erwin Bächle**.

Anstaltsleiter Herr **Egerer** wurde von Herrn **Maurer-Hellstern** entschuldigt; er bedaure sehr, dass er aus privaten Gründen seine Teilnahme habe absagen müssen. Ehrenmitglied **Schwaab** konnte wegen Erkrankung nicht teilnehmen, auch weitere Mitglieder ließen sich entschuldigen. Anschließend ging man zur Tagesordnung über. Die Mitgliederversammlung gedachte des verstorbenen Mitgliedes **Lothar Kuhm**. Danach berichtete der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** aktuell aus dem Landesverband. Unter anderem spielte er ein Hörfunkinterview zum Thema: „Übernahme des Tarifergebnisses im Beamten- und Pensionärsbereich“ vom Frühjahr 2013 ab. Danach haben alle Beamten Einbußen zu erleiden. Für den Justizvollzugsbeamten **Alexander Schmid** sind dies in zwei Jahren minus 850,00 €. Dabei stehen dem 51-Jährigen 2.500,00 € im Monat zur Verfügung. Da sei das Kindergeld für sei-

ne Tochter schon dabei und dafür arbeite er – wie viele andere auch – im Schichtdienst in der Anstalt, so z.B. auch an Ostern sowie morgens, mittags, abends und nachts. Der Dienst sei belastend, wie bei besonderen Vorkommnissen etwa beim Selbstmord eines Gefangenen oder bei einem gewaltsamen Angriff auf einen Kollegen. Aber auch Kleinigkeiten wie Äußerungen und Verhaltensweisen könnten belastend sein. Dies schlägt sich auch in den Krankheitszahlen des Vollzuges nieder. **Alexander Schmid** berichtete, dass es für ihn sehr bedeutsam sei, öffentliche Kontakte zu haben. Nur so könnten wir es schaffen, unsere Probleme und Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen und dort auch Wirkung zu erzielen.

Hierzu spielte **Alexander Schmid** auch einen Filmbericht des ZDF zum Thema Drogenschmuggel im Gefängnis ab; neben einem Interview mit ihm wurde u.a. gezeigt, wie mit einem Drogenhund in der JVA Ravensburg gearbeitet wird.

Der Landesvorsitzende betonte, dass es wichtig sei, mit den politischen Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen, um unsere Sorgen, Nöte und Projekte sowie unsere Vorschläge und Wünsche vorzutragen zu können. So haben Gespräche mit der **SPD**, den **Grünen** und der **CDU** stattgefunden.

Auch mit dem Herrn Justizminister **Stickelberger** und Herrn Abteilungsleiter **Futter** vom Justizministerium pflege man den Kontakt. Weitere Themen waren Positionspapier, Trennungsgeld, Gesundheitsmanagement und die neue blaue Uniform.

Der OV-Vorsitzende **Heinz Wintergerst** bedankte sich bei **Alexander Schmid** für seinen interessanten und

informativen Bericht. Er sei als Landesvorsitzender und Mitglied im HPR immer an vorderster Stelle mit Informationen aus erster Hand. Als Dank übergab Kollege **Wintergerst** an **Alexander Schmid** einen guten Tropfen aus dem Badischen.

Im Anschluss daran verlas der Schriftführer **Werner Bürklin** den Tätigkeitsbericht der Vorstandsschaft zum vergangenen Jahr.

Die Kassiererin Kollegin **Bohr** gab den Bericht über Kassenstand und zur Mitgliederbewegung ab. Dabei konnte Sie erfreulicherweise berichten, dass die Mitgliederzahlen auf 305 Kolleginnen und Kollegen leicht angestiegen sind.

Sodann berichtete der Vorsitzende des OV Freiburg – **Heinz Wintergerst** – über ein ereignisreiches Jahr. **Wichtige Themen in den Vorstandssitzungen des Jahres 1013 waren:**

- Die Ausrichtung des Delegiertentages 2017 in Freiburg und die Festlegung der Tagungsstätte im Kolpinghaus,
 - Planung einer Anstaltsbesichtigung für Angehörige in Zusammenarbeit mit dem Personalrat,
 - Personalratswahlen 2014,
 - Bestellung von weiteren Fachgruppenvertretern,
 - Planung des Ausfluges nach Köln,
 - Verabschiedung des Anstaltsleiters Herrn **Rösch** und Amtseinführung des neuen Anstaltsleiters Herrn **Egerer**.
- Kollege **Wintergerst** bat alle Mitglieder, dem **BSBD** treu zu bleiben, damit die Gewerkschaft sich als schlagkräftige und zahlenmäßig starke Berufsorganisation präsentieren kann.

Als nächstes erstatteten die Fachgruppenvertreter ihre Berichte. Die Fachgrup-



Blick auf die Teilnehmer der Jahreshauptversammlung des BSBD-Ortsverbandes Freiburg.
Fotos (2): OV FR



V.l.n.r. Kollegen Schmid u. Pfestdorf, Kollegin Dr. Schneider, Kollegen Rothböck u. Wintergerst.

penvertreter des AVD, Kollege **Thiel**, des **WD**, Kollege **Menner**, des **mittleren Verwaltungsdienstes**, Kollege **Bank**, der **Pensionäre**, Kollege **Adler** und der **jungen Bediensteten**, Kollege **Pfestsdorf** berichteten über die Arbeit in ihren Fachgruppen.

Der folgende Tagungsordnungspunkt war die Bestellung weiterer Fachgruppenvertreter. Erfreulicherweise sei es gelungen, eine weitere Kollegin sowie zwei Kollegen als Kandidaten für die Vertretung der Fachgruppen im OV Freiburg zu gewinnen, so der Vorsitzende **Wintergerst**:

- **Fachgruppenvertreter psychologischer Dienst: Frau Dr. Schneider**
- **Fachgruppenvertreter gehobener Dienst: Herr Rothböck**
- **Fachgruppenvertreter junge Bedienstete: Kollege Pfestsdorf**

Nach der Vorstellung erfolgte die Bestellung. Es wurden alle drei Bewerber von der Versammlung einstimmig gewählt.

Ehrungen:

Für **25 Jahre** Mitgliedschaft wurden geehrt: **Jürgen Spöri**, **Hans-Joachim Purucker**, **Guido Marrocco** (W-T) und **Reinhold Schwehr**.

Für **40 Jahre** Mitgliedschaft wurden geehrt: **Otto Dirr**, **Guido Scherer** und **Ursula Fries-Borho** (W-T).

Für **50 Jahre** Mitgliedschaft wurde geehrt: **Willi Lewko** (W-T).

Der 1. Vorsitzende **Heinz Wintergerst** bedankte sich für die langjährige Treue zum Verband mit Ehrungsurkunde, Ehrungsnadel und einem guten Tropfen vom Kaiserstuhl.

Die Personalratswahlen finden am am 1. und 2. Juli 2014 statt

Als letzter Tagesordnungspunkt standen die Kandidaturen zur **Personalratswahl im Jahr 2014** an, in dem am 1. und 2. Juli wieder Personalratswahlen stattfinden. Dazu hat der Ortsverband Freiburg eine schlagkräftige Kandidatenliste erstellt.

Zur Wahl stellen sich: **Reiner Bürgelin**, **Jörg Waldmann**, **Uwe Thiel**, **Alexander Rees**, **Felix Hahn**, **Birgitta Schätzle**, **Michael Kopp**, **Matthias Zapf**, **Thorsten Kunzelmann**, **Julia Reitmaier**, **Sven Stöcks** und **Daniel Meurer**.

Die Kandidatenliste wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Kollege **Wintergerst** bedankte sich bei den Personalratskandidaten für ihr Engagement zur Kandidatur. Ebenso dankte er als Vorsitzender abschließend allen Anwesenden für ihr Kommen und er wünschte ein frohes Weihnachtsfest, alles Gute und ein Wiedersehen im neuen Jahr. *Werner Bürklin*

Detlef Hamacher wieder Vorsitzender

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Rottenburg

Am **Donnerstag, den 28. November 2013** eröffnete pünktlich um **19.30 Uhr** der **stv. OV-Vorsitzende Bernd Mutschler** die **zweite Jahreshauptversammlung im Gasthaus Krone in Remmingsheim**. Er **entschuldigte den Vorsitzenden Detlef Hamacher, der aufgrund kurzfristig eingetretener Erkrankung nicht mit dabei sein konnte, und er begrüßte anschließend den Landesvorsitzenden des BSBD, Alexander Schmid, sehr herzlich.**

Vortrag des Landesvorsitzenden

Nach Genehmigung der Tagesordnung folgte unter TOP 3 der angekündigte Vortrag des Landesvorsitzenden. Dieser berichtete vom Landesvorstand, von den anderen Ortsverbänden, den Gesprächen mit den Landtagsfraktionen sowie mit den Vertretern des Justizministeriums. Weitere Schwerpunkte waren: Der **BSBD** und die Medien, Personal und Belegung, Gesundheitsmanagement, die Veranstaltungsreihe Schicht- und Wechseldienst, Vorsorgekuren, die freie Heilfürsorge, Mitarbeiterbefragung 2014 und die anstehenden Personalratswahlen 2014.

Bericht des Ortsverbandsvorsitzenden

Nach sich anschließender kurzer Diskussion verlas **Bernd Mutschler** den Bericht des Ortsverbandsvorsitzenden **Detlef Hamacher** zur geleisteten Vorstandsarbeit der abgelaufenen Wahlperiode. Unter anderem wies er darauf hin, dass der Ortsverband Rottenburg mit dazu beigetragen hatte, eine halbe Lehrerstelle für die Anstalt zu gewinnen. Auch die Wiederwahl des Kollegen **Hamacher** in den Regierungsbezirksvorstand des Beamtenbundes Baden-Württemberg (**BBW**) zählt zu den Erfolgen des Ortsverbandes, der versucht, sich für die Kolleginnen und Kollegen strategisch gut aufzustellen.

Ehrungen

Leider konnten zwei Jubilare aus gesundheitlichen Gründen nicht an den nun anstehenden Ehrungen teilnehmen, so dass nur der Kollege **Roland Baumgärtner** persönlich seine Ehrung in Empfang nehmen konnte. Ihm wurden die **BSBD-Ehrennadel** nebst Urkunde von **Alexander Schmid** und ein Präsent des OV von den Kollegen **Bernd Mutschler** und **Stefan Draczkowski** überreicht.

Kassenbericht

Nach den Berichten der Fachgruppenvertreter, die der Ehrung folgten, erstattete **Stefan Draczkowski** seinen Kassenbe-

richt. Der Kassenprüfer **Andreas Binder** bescheinigte hernach eine übersichtliche und vollständige Buchführung und empfahl der Versammlung, der Entlastung des Vorstandes zuzustimmen. Diesem und dem gleichlautenden Antrag von Koll. **Schmid** entsprach die Versammlung einstimmig.

Neuwahlen

Bei den nun anstehenden Neuwahlen, die durch die gewählten Wahlvorstände **Siegfried Stehle** und **Alexander Schmid** souverän geleitet wurden, konnte der gesamte Ortsverbandsvorstand neu gewählt werden.

Im Einzelnen sind dies: **Detlef Hamacher** (OVV), **Bernd Mutschler** (stv. OVV), **Stefan Draczkowski** (Kassier), **Roger Stötzer** (Schriftführer).

Als Fachgruppenvertreter/innen: **Christine Hafenmayr** (AVD), **Christian Wörner** (WD), **Harald Haag** (geh. VWD), **Detlef Hamacher** (KD), **Stefan Draczkowski** (Tarif) **Gerhard Geckeler** (Landw. Ast.), **Jürgen Fischer** (Päd.D.), **Anita Stoll** (weibl. Bed.), **Brigitte Heyer** (MVWD), **Thomas Geishecker** (Junge Bed.) **Betina Bamberg** (Psy.D.) **Siegfried Sailer** (Ruhestandsbed.) und **Collette Götz** (Soz.D.)



Kollege Baumgärtner (Mitte) bei der Ehrung durch Stefan Draczkowski (links) und Alexander Schmid.
Foto: ham

Am Ende des Abends bedankte sich **Bernd Mutschler** bei den Kolleginnen und Kollegen für ihre Breitschaft zur Kandidatur und für das Vertrauen der Mitglieder in den neu gewählten Vorstand. Zum Abschluss erklärte Kollege **Mutschler** noch, dass das traditionelle Grillfest mit Fußballspiel – Justizvollzug vs. Polizei – wieder in Planung sei. Der stv. Vorsitzende **Bernd Mutschler** schloss die Sitzung um 21:50 Uhr, er dankte allen für Ihr Kommen und wünschte insbesondere dem gerne gesehenen Gast mit dem längsten Heimweg – dem Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** – eine gute Fahrt an den Bodensee. *stölham*

Tagung der AG AVD in Stuttgart

Am 22. November 2013 traf sich die Arbeitsgruppe AVD in Stuttgart zu ihrer Sitzung in Stuttgart. Hauptthemen waren diesmal ein Positionspapier bzw. Forderungskatalog und die Vorbereitung für das „Berufsbild AVD“ aus der Sicht des BSBD.

Zuerst wurden die Punkte für unseren Forderungskatalog nochmals durchgesprochen. Da sich dieses auf Grund der vielen verbesserungs- bzw. nachbesserungswürdigen Punkte sehr zeitintensiv gestaltete, verging der Vormittag im Fluge. Nach der Mittagspause ging es sehr konzentriert mit der Abarbeitung einzelner Themen weiter. Wir glauben aber, dass diese Zeit wichtig war um späte ein entsprechendes „Papier“ dem Landesvorstand vorzulegen. Erst in den Nachmittagsstunden konnten wir uns dann dem Thema **Flyer-Berufsbild-AVD** widmen. Hier legen wir uns darauf fest, „das Rad nicht komplett neu zu erfinden“, sondern einen Flyer im Rohentwurf zu entwerfen, der allen Kollegen/innen gerecht werden würde und eine ansprechende Aufmachung vorweisen kann. Dieser wird dann in unterschiedlichen Ausführungen demnächst dem Landesvorstand vorgelegt werden. Später als gedacht konnten wir dann zur freien Aussprache übergehen, die bis in die späten Abendstunden andauerte.

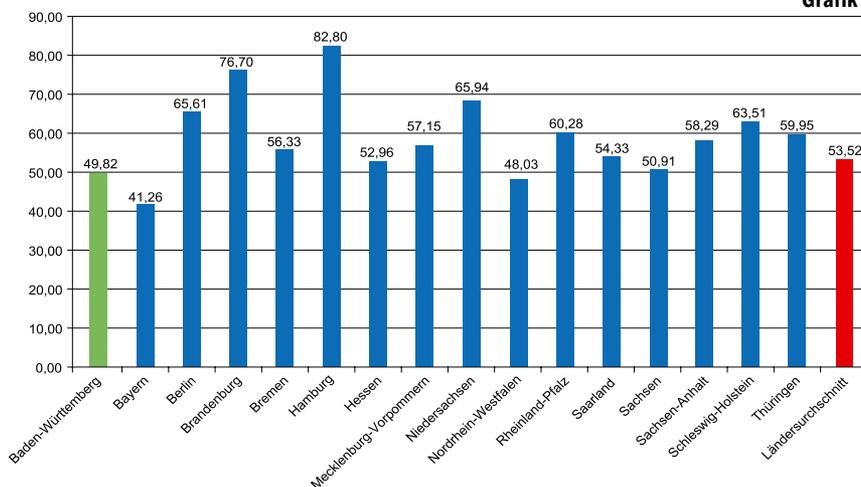
Jürgen Scheike

Berichtigung Vollzugsdienst 6/2013

Zweimal dieselbe Grafik abgedruckt

Der Druckfehlerteufel hat uns im VOLLZUGSDIENST 6/2013 einen üblen Streich gespielt. Auf Seite 9 (oben) befindet sich unter der – richtigen – Überschrift: „Personalsituation 2012 im Justizvollzug der Bundesländer“ die falsche Grafik, nämlich das Diagramm aus Grafik 2 auf Seite 8 (unten) zur „Stellenentwicklung im Justizvollzug seit 1998“. Dieses Diagramm ist also versehentlich zweimal abgedruckt worden, was zu Irritationen führen kann, da Text und Abbildung natürlich nicht zusammenpassen. Für diesen „Fehlerruck“ bittet die Redaktion für den „Landesteil Baden-Württemberg“ um Entschuldigung. Die richtige Grafik 3 sieht folgendermaßen aus:

Grafik 3



Arbeitsgruppe Tarifrecht trifft sich am 14. Mai

Die Arbeitsgruppe Tarif plant ein Treffen der Tarifsprecher der Ortsverbände in Baden-Württemberg am 14. Mai 2014 in der JVA Heimsheim. Wir möchten die in den Anstalten gewonnenen Erfahrungen aus dem Tarifbereich austauschen und vergleichen.

Wir denken, dass es genug Themen geben wird, da der TV-L auch nach nunmehr sechs Jahren immer noch zum Teil ein „Buch mit sieben Siegeln“ ist. Erst im vergangenen Jahr wurde per Gerichtsurteil die Überstundenzuschläge im Schicht- und Wechseldienst juristisch geklärt. Auch ist zu befürchten, dass in den einzelnen Anstalten im Land den TV-L unterschiedlich ausgelegt wird. Wir bitten darum, vorab, bis Ende Februar 2014 Fragen und Themen zu übersenden. Eine förmliche Einladung wird im März verschickt werden.

Axel Lehrer



V. l. die Kolleginnen und Kollegen Konrath, Falkenstein, Scholl, Fimmler und Lehrer. Foto: BSBD



OV Heilbronn: „Alle Tassen im Schrank!“

Ein ganz besonderes Geschenk gab es zum Jahresende für die Heilbronner BSBD-Mitglieder. Vor vielen Jahren wurde schon einmal – durch den früheren OV-Vorsitzenden Otmar Maile – eine ähnliche Aktion zu Weihnachten durchgeführt und die Mitglieder wurden mit BSBD-Tassen beschenkt.

Jetzt wurde es Zeit für eine Neuauflage, so der Vorsitzende **Thomas Stuntz**. Damit möchte sich der komplette Ortsverbandsvorstand für die Unterstützung der Mitglieder im vergangenen Jahr 2013 bedanken. Die Heilbronner haben, wie auch schon in den Jahren davor, gezeigt, dass man sich aktiv und engagiert um die Belange der Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug kümmert.

So war der Ortsverband zweimal bei Demonstrationen gegen die Sparpolitik der Landesregierung in Stuttgart vor Ort. Der intensive Kontakt zu den Politikern in der Region wurde – wie auch schon 2012 – weiter gepflegt und verfestigt.

Am 18. Oktober kam der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende **Thomas Strobl** in die JVA Heilbronn, um sich die Probleme des BSBD und seiner Mitglieder anzuhören. Ein weiteres Gespräch wird 2014 folgen.

Der erstmals eingeführte BSBD-Stammtisch fand regen Zuspruch, so dass man im Herbst erneut einen solchen organisierte. Viele weitere Aktivitäten der Mitglieder unterstützte der OV durch Zuschüsse.

Auch konnte der Ortsverband einige neue Mitglieder dazu gewinnen, da man auch im Kollegenkreis sieht, dass die Arbeit des BSBD im Ortsverband, aber auch auf Landesebene notwendig und unerlässlich ist.

Der OV-Vorsitzende **Thomas Stuntz** wünscht sich auch wieder für das Jahr 2014 die Unterstützung und das Engagement der Mitglieder, um weiterhin gemeinsam für unsere Interessen im Strafvollzug eintreten zu können.

Lars Rinklin